

WIFO

A-1103 WIEN, POSTFACH 91
TEL. 798 26 01 • FAX 798 93 86

 **ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

**Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen
der Konjunkturpakete I und II und
der Steuerreform 2009**

Fritz Breuss, Serguei Kaniovski, Margit Schratzenstaller

Wissenschaftliche Assistenz: Christine Kaufmann

August 2009

Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Konjunkturpakete I und II und der Steuerreform 2009

Fritz Breuss, Serguei Kaniovski, Margit Schratzenstaller

August 2009

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend

Begutachtung: Marcus Scheiblecker • Wissenschaftliche Assistenz: Christine Kaufmann

Inhalt

Die Studie untersucht die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der beiden Konjunkturpakete und der Steuerreform 2009 sowie der konjunkturbelebenden Maßnahmen der Bundesländer auf das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung in Österreich. Modellberechnungen zeigen, dass der konjunkturbedingte Einbruch in Österreich in den Jahren 2009 und 2010 kumuliert um 2,1% des realen BIP gedämpft wird. Knapp die Hälfte dieses Impulses entsteht durch die auf der Bundesebene implementierten Konjunkturpakete und die Steuerreform, 0,4 Prozentpunkte durch die Maßnahmen der Bundesländer. Die übrigen 0,8 Prozentpunkte sind auf die Konjunkturpakete der wichtigsten Handelspartner Österreichs zurückzuführen. Der gesamte Impuls sichert 41.500 Arbeitsplätze und dämpft den Anstieg der Arbeitslosenquote um 0,7 Prozentpunkte.

Rückfragen: Margit.Schatzenstaller@wifo.ac.at

2009/179-2/S/WIFO-Projektnummer: 1509

© 2009 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
Wien 3, Arsenal, Objekt 20 • Postanschrift: A-1103 Wien, Postfach 91 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> •
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 40,00 € • Kostenloser Download: http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36361&typeid=8&display_mode=2

Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Konjunkturpakete I und II und der Steuerreform 2009

Inhalt	Seite
Executive Summary	1
1. Einleitung	4
2. Empfehlungen der internationalen Organisationen zur Fiskalpolitik in der Krise	5
2.1 <i>Verhältnis von einnahmen- und ausgabenseitigen Maßnahmen</i>	6
2.1.1 <i>Öffentliche Ausgaben für Güter und Dienstleistungen</i>	6
2.1.2 <i>Maßnahmen für private Haushalte</i>	7
2.1.3 <i>Maßnahmen für Unternehmen</i>	7
2.2 <i>Kurz- und langfristige Effekte</i>	7
2.3 <i>Fiskalische Nachhaltigkeit</i>	7
2.4 <i>Internationale Koordination</i>	8
3. Internationaler Überblick	8
4. Maßnahmen in Österreich	11
4.1 <i>Regierungsprogramm</i>	11
4.2 <i>Maßnahmen der Bundesländer</i>	13
4.3 <i>Automatische Stabilisatoren</i>	14
5. Simulationsergebnisse	15
5.1 <i>Investitionsoffensive</i>	17
5.2 <i>Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte</i>	17
5.3 <i>Multiplikatoren im Vergleich</i>	18
5.4 <i>Senkung der Finanzierungskosten und Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen)</i>	19
5.4.1 <i>Stärkung der Eigenkapitalbasis durch stille Beteiligungen</i>	21
5.4.2 <i>Senkung der Finanzierungskosten durch zinsgünstige Kredite</i>	21
5.4.3 <i>Vorzeitige Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter</i>	24
5.4.4 <i>Wirkungen auf die Anlageinvestitionen</i>	24
5.5 <i>Konjunkturimpulse aus dem Ausland</i>	25

6. Zusammenfassung der gesamtwirtschaftlichen Wachstums- und Beschäftigungseffekte	28
Anhang: Die zwei Modelle	31
1. <i>Oxford World Macroeconomic Model (OEF)</i>	31
2. <i>Makroökonomisches Modell des WIFO (WIFO-Macromod)</i>	31
2.1 Gütermarkt	32
2.2 Arbeitsmarkt	33
2.3 Preise, Löhne und andere Einkommen	33
2.4 Sektor Staat	34
Literaturhinweise	35

Executive Summary

Auch Österreich ist von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen, wenngleich etwas weniger stark als der Durchschnitt der Länder im Euro-Raum. Die realwirtschaftlichen Auswirkungen sind seit Herbst 2008 zu spüren. Seit Ende 2008 haben sich die Konjunkturaussichten deutlich verschlechtert. Anders als in der Weltwirtschaftskrise vor 80 Jahren hat die Wirtschaftspolitik in den betroffenen Ländern richtig reagiert. Statt die Krise durch eine restriktive Fiskalpolitik und protektionistische Maßnahmen weiter zu verschärfen, setzten die meisten Länder Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte und verfolgten zur Abmilderung des Konjunkturreinbruchs eine expansive Fiskalpolitik. Auch die österreichische Bundesregierung hat sehr rasch – bereits im November 2008 – neben Maßnahmen zur Stabilisierung des Bankensektors umfangreiche Pakete zur Abfederung des Konjunkturreinbruchs vereinbart, deren Maßnahmen nun schrittweise umgesetzt werden. Sie lassen sich im Wesentlichen zwei Kategorien zuordnen: Sicherstellung der Unternehmensfinanzierung angesichts der eingeschränkten Funktionsfähigkeit der Kreditmärkte einerseits; diskretionäre fiskalpolitische Maßnahmen andererseits. Im Gleichklang mit den internationalen Bemühungen zur Stützung der Nachfrage greift auch Österreich zu einem fiskalpolitischen Mix aus Steuersenkungen und Ausgabenerhöhungen. Die Maßnahmen umfassen die Konjunkturpakete I und II sowie die von 2010 auf 2009 vorgezogene Steuerreform und können vereinfacht den folgenden Kategorien zugeordnet werden (in Klammern die kumulierten Ausgaben für 2009 und 2010): (1) Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen (1.435 Mio. €); (2) Senkung der Finanzierungskosten der Unternehmen (2.080 Mio. €); (3) Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (5.953 Mio. €); (4) Erhöhung des öffentlichen Konsums und der Subventionen (370 Mio. €). Zusammen machen die beiden Konjunkturpakete und die Steuerreform 3,5% des nominellen BIP 2008 aus (davon vorgezogene Steuerreform 2,1% des 2008-BIP). Einschließlich der Maßnahmen der Bundesländer, die die Stabilisierungsmaßnahmen des Bundes um eigene Konjunkturpakete ergänzen (im Wesentlichen zusätzliche diskretionäre Ausgaben), belaufen sich die österreichischen Stabilisierungsmaßnahmen auf 4,2% des BIP 2008. Damit zählt Österreich zu jenen Ländern, die relativ zur Wirtschaftsleistung einen umfangreichen Konjunkturimpuls setzen.

Die Studie untersucht die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der beiden Konjunkturpakete und der Steuerreform 2009 sowie der konjunkturbelebenden Maßnahmen der Bundesländer auf das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung in Österreich in den Jahren 2009 und 2010. Zudem werden die Wirkungen der Konjunkturmaßnahmen der 10 wichtigsten Handelspartner Österreichs auf die österreichische Wirtschaft geschätzt. Diese kombinieren – ebenso wie Österreich – zumeist Steuersenkungen für Haushalte und Unternehmen mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Das Spektrum der in den betrachteten Ländern insgesamt für 2008 bis 2010 geplanten Maßnahmen reicht von einer starken Fiskalexpansion von 5,6% des nominellen BIP des Jahres 2008 in den USA bis zu einem Sparpaket von –4,4%

des 2008-BIP in Ungarn. Im ungewichteten Durchschnitt dieser 10 Länder betragen die Konjunkturpakete für die Jahre 2008 bis 2010 1,4% des BIP 2008. Die ausgabenerhöhenden Maßnahmen erreichen 0,3% des BIP 2008, die einnahmensenkenden Maßnahmen 1,1% des BIP 2008. Aufgrund der Handelsbeziehungen mit diesen Ländern profitiert auch Österreich in Form einer gesteigerten Exportnachfrage von den dort ergriffenen Maßnahmen zur Nachfragebelebung.

Modellberechnungen zeigen, dass der konjunkturbedingte Einbruch in Österreich in den Jahren 2009 und 2010 kumuliert um 2,1% des realen BIP gedämpft wird. Knapp die Hälfte dieses Impulses entsteht durch die auf der Bundesebene implementierten Konjunkturpakete und die Steuerreform, 0,4 Prozentpunkte durch die Maßnahmen der Bundesländer. Die übrigen 0,8 Prozentpunkte sind auf die Konjunkturpakete der wichtigsten Handelspartner Österreichs zurückzuführen. Dieser Impuls sichert im Jahr 2009 23.500 und im Jahr 2010 kumuliert 41.500 Personen die Beschäftigung und dämpft den Anstieg der Arbeitslosenquote im Jahr 2010 um 0,7 Prozentpunkte. Die Inflation beschleunigt sich mäßig ausgehend von sehr niedrigem Niveau.

Differenziert nach einzelnen Maßnahmengruppen, haben im Rahmen der österreichischen Stabilisierungsmaßnahmen die Maßnahmen zur Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (d.h. im Wesentlichen die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer) den stärksten BIP-Effekt mit 0,6% und einen Beschäftigungseffekt mit kumuliert 10.900 Personen im Jahr 2010). Die Infrastrukturinvestitionen auf Bundesebene erhöhen im Jahr 2010 kumuliert das BIP um 0,3% und die Beschäftigung um 7.200 Personen; die Maßnahmen zur Verringerung der Finanzierungskosten der Unternehmen erhöhen das BIP um 0,1% und die Beschäftigung kumuliert um 1.500 Personen im Jahr 2010.

Durch die Konjunkturpakete der 10 wichtigsten Handelspartner Österreichs ergibt sich für die Jahre 2009 und 2010 eine Steigerung der für Österreich relevanten Nachfrage in den Exportmärkten um jeweils 0,8%. Die Zunahme der Nachfrage im Ausland bewirkt einen kumulierten Anstieg der österreichischen Exporte im Jahr 2010 um 1,8%. Der Exportanstieg löst einen Einkommenseffekt aus, der hauptsächlich 2009 die privaten Konsumausgaben und Investitionen steigen lässt. Zugleich erhöhen sich die Importe, sodass das reale BIP um 0,8% höher ist als in der Basislösung ohne Berücksichtigung der Konjunkturmaßnahmen der Handelspartner. Die BIP-Zunahme erhöht die Nachfrage nach Arbeitskräften gegenüber der Basislösung um 0,5% bzw. 16.400 Personen. In der Folge verringert sich die Arbeitslosenquote um 0,3 Prozentpunkte.

Darüber hinaus haben einige Maßnahmen der österreichischen Konjunkturpakete direkte Beschäftigungseffekte, die mit den verwendeten Modellen nicht abgebildet werden können. Daher bilden die vorliegenden Berechnungen eine Untergrenze der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungseffekte der Konjunkturpakete. Dies gilt beispielsweise für die Maßnahmen zur Sicherstellung der Unternehmensfinanzierung, die relativ geringe direkte Beschäftigungseffekte auslösen, aber indirekt Beschäftigung sichern, da sie das Konkursrisiko verringern. Ein weiteres Beispiel ist die Einführung des verpflichtenden letzten Kindergartenjahres, das bei

unverändertem Betreuungsschlüssel und unveränderter Arbeitszeit des Personals die Einstellung von rund 700 zusätzlichen Beschäftigten erfordert. Gemeinsam mit der von den meisten Bundesländern beabsichtigten bzw. bereits eingeführten kostenlosen Betreuung anderer Altersgruppen könnten insgesamt 1.700 Arbeitsplätze entstehen. Wenn dies zutrifft, kann die Außer-Haus-Betreuungsquote von Drei- bis Fünfjährigen von 84,9% im Jahr 2007 auf 90% gesteigert werden.

Ein weiteres Instrument zur Beschäftigungssicherung ist die Ausweitung der Kurzarbeit. Im ersten, seit Anfang Februar 2009 geltenden Arbeitsmarktpaket wurden dafür in den Jahren 2009 und 2010 jeweils 220 Mio. € reserviert. Die maximale Dauer der Kurzarbeit wurde von 12 auf 18 Monate verlängert; zugleich wurde die Möglichkeit einer Koppelung an betrieblich verwertbare Qualifizierungsmaßnahmen eingeführt. Mitte Juni 2009 wurde ein zweites Arbeitsmarktpaket im Umfang von knapp 150 Mio. € beschlossen, das neben weiteren Maßnahmen auch eine Verlängerung der Möglichkeit der Kurzarbeit auf 24 Monate und eine volle Übernahme der Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung ab dem 7. Monat der Kurzarbeit beinhaltet. Seit der Neuregelung der Kurzarbeit hat die Zahl der Kurzarbeiter in Österreich beträchtlich zugenommen: Sie hat sich zwischen Januar 2009 und Mitte Juni 2009 fast vervierfacht, von 15.000 Personen auf 57.806 Personen; diese sind in 336 Betrieben beschäftigt. Insgesamt ist die Kurzarbeit ein wichtiges Instrument zur kurzfristigen Sicherung von Beschäftigung und betriebsspezifischem Humankapital, das allerdings nur zeitlich befristet eingesetzt werden sollte, damit die Arbeitsmarktflexibilität und der Strukturwandel nicht behindert werden. Positive langfristige Wachstums- und Beschäftigungswirkungen können durch eine Kombination mit Qualifizierungsmaßnahmen ("Kurzarbeit Plus") erzielt werden.

1. Einleitung

Spätestens mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers in den USA im September 2008 wurde deutlich, dass die seit dem Frühsommer 2007 in einem relativ kleinen Subprime-Segment des Immobilienmarktes der USA erstmals aufgetretenen Turbulenzen nicht auf dieses beschränkt bleiben würden. Vielmehr nahm eine Finanzmarktkrise ihren Ausgang, die sich auf die gesamte westliche Welt und die von ihr abhängigen Volkswirtschaften (z. B. Schwellenländer wie China) ausweitete und Ende 2008 auf die Realwirtschaft übergriff. Die aktuelle Weltwirtschaftskrise ist zweifellos die schwerste seit dem Zweiten Weltkrieg. Auch Österreich ist – wenn generell auch etwas weniger stark als der Durchschnitt der Länder im Euro-Raum – von der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise betroffen.

In Österreich haben sich die Konjunkturaussichten seit Ende 2008 deutlich verschlechtert. Das im Dezember 2008 vorgelegte Regierungsprogramm rechnete für 2009 mit einem Rückgang des realen BIP von 0,5% und für 2010 mit einem Wachstum von 0,9% sowie einem Haushaltsdefizit des Gesamtstaates von 2,2% bzw. 2,9% des BIP. Die Anfang Mai 2009 veröffentlichte Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission ist noch pessimistischer bezüglich der Wachstumsaussichten für Österreich: Sie geht für 2009 von einem Rückgang des BIP um 4% und für 2010 von einer Stagnation (–0,1%) aus; das Budgetdefizit wird auf 4,2% bzw. 5,3% des BIP geschätzt. Sogar –4,2% wird nach der Anfang Juni präsentierten Prognose der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) der BIP-Einbruch 2009 betragen, und auch 2010 wird sich die österreichische Wirtschaft mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um –0,4% noch in der Rezession befinden. Gemäß der aktuellen Konjunkturprognose des WIFO von Juni 2009 wird mit einer BIP-Veränderungsrate von –3,4% 2009 und +0,5% 2010 gerechnet, was einen Anstieg des Budgetdefizits auf 4,5% bzw. 5,8% des BIP impliziert.

Anders als in der Weltwirtschaftskrise vor 80 Jahren hat die Wirtschaftspolitik derzeit in den betroffenen Ländern tendenziell richtig reagiert (Aiginger, 2009). Statt die Krise durch eine restriktive Fiskalpolitik und protektionistische Maßnahmen weiter zu verschärfen, setzen die meisten Länder Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte und verfolgen zur Abmilderung des Konjunkturreinbruchs eine expansive Fiskalpolitik.

Auch die österreichische Bundesregierung hat sehr rasch – bereits im November 2008 – umfangreiche Stabilisierungspakete vereinbart, deren Maßnahmen nun schrittweise umgesetzt werden. Sie lassen sich im Wesentlichen zwei Kategorien zuordnen: Sicherstellung der Unternehmensfinanzierung angesichts der eingeschränkten Funktionsfähigkeit der Kreditmärkte und diskretionäre fiskalpolitische Maßnahmen, d. h. die auf das Jahr 2009 vorgezogene, ursprünglich erst für 2010 geplante Steuerreform und Mehrausgaben. Die österreichischen Bundesländer zogen in den folgenden Monaten nach und ergänzten die Stabilisierungsmaßnahmen des Bundes um eigene Konjunkturpakete, die im Wesentlichen zusätzliche diskretionäre Ausgaben vorsehen.

Die vorliegende Studie gibt einleitend einen kurzen Überblick über die Empfehlungen der internationalen Organisationen (OECD, IWF) zur Fiskalpolitik in der Krise. Außerdem werden die in Österreich auf Ebene des Bundes und der Länder implementierten Stabilisierungsmaßnahmen im Detail und jene der 10 wichtigsten Handelspartner Österreichs im Überblick dargestellt. Kern der folgenden Analyse ist eine Ex-ante-Evaluierung der makroökonomischen Effekte der geplanten bzw. teilweise schon umgesetzten Stabilisierungsmaßnahmen auf der Ebene des Bundes sowie der Bundesländer; diese Evaluierung erfolgt mit Hilfe des WIFO-Makromodells. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, dass sämtliche Mittel wie geplant verausgabt werden.¹

Darüber hinaus werden mit dem Oxford-Modell die makroökonomischen Effekte der Konjunkturpakete der 10 wichtigsten Handelspartner für die österreichische Wirtschaft ("Spillovers") geschätzt, um die makroökonomischen Gesamteffekte der nationalen und internationalen Konjunkturmaßnahmen auf die heimische Wirtschaft zu quantifizieren²).

2. Empfehlungen der internationalen Organisationen zur Fiskalpolitik in der Krise

Die meisten Industrieländer und eine Reihe ebenfalls von der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise betroffener Schwellenländer haben in den Monaten nach dem Übergreifen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft, d. h. ab dem Herbst 2008, stabilisierende Maßnahmen ergriffen. Diese können in zwei Gruppen unterteilt werden: aktive diskretionäre fiskalpolitische Maßnahmen zur Stabilisierung der Realwirtschaft ("Konjunkturpakete") und Maßnahmen zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte, insbesondere im Bereich Unternehmensfinanzierung. Beide Maßnahmengruppen sind von gleich großer Bedeutung, wie der Internationale Währungsfonds (*Spilimbergo et al.*, 2008) betont. Daneben spielen in allen Ländern automatische Stabilisatoren eine Rolle, d. h. konjunkturbedingte Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen, die ohne diskretionäre Eingriffe entstehen und die Schwere der Rezession abmildern. Die folgenden Ausführungen beschränken sich angesichts der Fokussierung der vorliegenden Studie auf einen Teil der diskretionären Maßnahmen zur Abfederung des realwirtschaftlichen Einbruchs. Die Maßnahmen zur Stabilisierung des Bankensektors, darunter das österreichische Bankenpaket vom Oktober 2008, und jene der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden hier nicht explizit berücksichtigt.

Die in vielen Ländern ergriffenen diskretionären Konjunkturstützungsmaßnahmen sind im Zusammenhang zu sehen mit dem "... in Bezug auf Tiefe wie Dauer gravierende[n] Ausmaß des

¹) Zum derzeitigen Zeitpunkt ist für alle jene Maßnahmen, um deren Gewährung sich private Haushalte bzw. Unternehmen aktiv bemühen müssen, nicht ganz absehbar, in welchem Umfang sie tatsächlich in Anspruch genommen werden. So sind beispielsweise die für die thermische Sanierung für die privaten Haushalte bereitgestellten Mittel inzwischen ausgeschöpft, während die Inanspruchnahme des von der AWS zur Verfügung gestellten Beteiligungskapitals für KMU von der Einschätzung der Unternehmen über ihre sonstigen (Fremd-)Finanzierungsmöglichkeiten abhängt.

²) Die beiden verwendeten Simulationsmodelle werden im Anhang kurz beschrieben.

Abschwungs zusammen mit den Grenzen der Geldpolitik [...], da zum einen der Spielraum für weitere Leitzinssenkungen in vielen OECD-Ländern zunehmend enger wird und zum anderen insbesondere die geldpolitischen Transmissionskanäle u. U. beeinträchtigt sind" (OECD, 2009). Fiskalpolitische Maßnahmen zur Abfederung des aktuellen Konjunkturerinbruchs spielen wegen der beschränkten Einsetzbarkeit und Wirksamkeit der Geldpolitik eine besonders große Rolle (vgl. z. B. auch *Spilimbergo et al.*, 2008).

Bezüglich der Ausgestaltung dieser fiskalpolitischen Maßnahmen kristallisieren sich aus den jüngsten Beiträgen von OECD (2009) und IWF (*Spilimbergo et al.*, 2008) zur Wirtschafts- und Fiskalpolitik in der Krise die folgenden Empfehlungen heraus:

2.1 Verhältnis von einnahmen- und ausgabenseitigen Maßnahmen

Die OECD weist darauf hin, dass die Multiplikatoren öffentlicher Einnahmen und Ausgaben im Durchschnitt der OECD-Länder bei etwa 0,5 bzw. 1 liegen. Die Multiplikatoren sind umso niedriger, je offener die Volkswirtschaft ist. Allerdings dürften in der Krise – auch wenn eine Quantifizierung fiskalischer Impulse derzeit besonders schwierig sei – insbesondere die Multiplikatoren von Steuersenkungen wegen der erhöhten Sparneigung von privaten Haushalten (Vorsichtssparen aufgrund der krisenbedingten Verunsicherung) und Unternehmen geringer sein. Daher sollte bei der Ausgestaltung von Konjunkturpaketen vorrangig auf Ausgaben gesetzt werden, von denen die größte kurzfristige Wirkung auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu erwarten sei. Steuersenkungen sollten sich auf private Haushalte konzentrieren, bei denen Liquiditätsbeschränkungen wahrscheinlich sind. Das betrifft vor allem Haushalte mit geringem Einkommen.

Aufgrund der zu erwartenden überdurchschnittlichen Länge des Konjunkturerinbruchs³⁾ werde, so der IWF, der in "normalen" Abschwungphasen auftretende größte Nachteil ausgabenseitiger Maßnahmen nicht schlagend: nämlich Implementierungs-Lags. Auch sei angesichts der Schwere der Krise und der daraus resultierenden Unsicherheit über die Größe der fiskalischen Multiplikatoren, ebenso wie zur Risikostreuung hinsichtlich der Gefahr nur wenig wirksamer Maßnahmen, eine möglichst große Diversifizierung der Maßnahmen zur Nachfragebelegung sinnvoll. Insbesondere seien folgende budgetäre Ansatzpunkte relevant:

2.1.1 Öffentliche Ausgaben für Güter und Dienstleistungen

Vermieden werden sollte die prozyklische Kürzung öffentlicher Ausgaben für Güter und Dienstleistungen aufgrund von Budgetbeschränkungen. Wenn etwa fiskalische Regeln – wie das Erfordernis eines ausgeglichenen Haushaltes – zu Ausgabenkürzungen zwingen, sollten diese konterkariert werden. Ausgabenprogramme könnten schnell (wieder) begonnen werden. Insbesondere seien einige wenige "High-Profile"-Programme mit langfristiger Rechtfertigung und positiven Externalitäten sinnvoll. Zusätzlich könne die öffentliche Hand einen größeren Anteil an Public-Private-Partnerships übernehmen. Lohnerhöhungen im öffentlichen

³⁾ Vgl. dazu *Reinhart – Rogoff (2008)*.

Dienst sollten dagegen vermieden werden, da sie wenig zielgenau und nur schwer rückgängig zu machen seien; allerdings könnte ein temporärer Personalaufbau im öffentlichen Sektor zur Durchführung der zusätzlichen Programme erforderlich sein.

2.1.2 Maßnahmen für private Haushalte

Steuersenkungen oder die Erhöhung von Transfers sollten auf jene Personen abzielen, die am wahrscheinlichsten mit Liquiditätsbeschränkungen konfrontiert sind; entsprechende Maßnahmen umfassen daher Arbeitslosenzahlungen, die Erhöhung von Negativsteuern sowie allgemein die Ausweitung von Sozialleistungen. Weniger anzuraten seien dagegen unspezifische Maßnahmen, wie etwa allgemeine Steuersenkungen.

2.1.3 Maßnahmen für Unternehmen

In der derzeitig unsicheren Situation, in der die Unternehmen Investitionen aufschieben, seien kaum nennenswerte Effekte von Maßnahmen zu erwarten, die die Kapitalnutzungskosten senken⁴⁾. Wichtiger sei es, die Verfügbarkeit von Krediten zu guten Konditionen sicherzustellen. Staatshaftungen für Kredite sollten eventuell mit Umstrukturierungsauflagen verbunden werden.

2.2 Kurz- und langfristige Effekte

Priorität sollten laut OECD Maßnahmen haben, die gleichzeitig die kurzfristige Nachfrage steigern und das langfristige Wachstumspotential erhöhen können. Auf der Ausgabenseite sind dies Infrastrukturinvestitionen sowie Ausgaben für eine aktive Arbeitsmarktpolitik (einschließlich verpflichtender Schulungsmaßnahmen), auf der Einnahmenseite die Senkung der Einkommensteuer, vor allem für niedrige Einkommen.

2.3 Fiskalische Nachhaltigkeit

Die Maßnahmen sollten gemäß OECD und IWF auf die Dauer der Krise befristet sein, und die Regierungen sollten sich glaubwürdig verpflichten, die Maßnahmen abzubauen bzw. einzustellen, sobald ein tragfähiger Aufschwung eingesetzt hat – auch in Hinsicht auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Darüber hinaus rät der IWF, von Anfang an deutlich zu machen, dass das Ausmaß von Maßnahmen zur Nachfragestützung von der ökonomischen Entwicklung abhängig sei, dass also ggf. noch nachgebessert werde. Die langfristige fiskalische Tragfähigkeit könne gemäß IWF durch eine mittelfristige Finanzplanung unterstützt werden, die auch einen das Vertrauen der Wirtschaftssubjekte stärkenden Konsolidierungspfad vorzeichne, sowie durch die Fokussierung auf Ausgaben, die langfristig das Wachstum

⁴⁾ In der neoklassischen Investitionstheorie entsprechen die Kapitalnutzungskosten der Grenzproduktivität des Produktionsfaktors Kapital. Der Einfluss der Besteuerung auf die Kapitalnutzungskosten wurde von *Hall – Jorgenson* (1967) abgeleitet. Seitdem wurde dieser Ansatz sowohl theoretisch vertieft als auch vielfach empirisch angewandt (vgl. z. B. *Chirinko*, 1993, und *Chirinko – Fazzari – Meyer*, 1999; auch für Österreich: *Kaniowski*, 2002).

und damit den Budgetspielraum erhöhen. Eine mögliche Maßnahme zur Stabilisierung der Finanzmärkte sei schließlich die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

2.4 Internationale Koordination

Weil sich die Wirkungen der Konjunkturpakete international übertragen und damit das Risiko besteht, dass das Volumen der auf nationalstaatlicher Ebene geschnürten Pakete aus internationaler Perspektive zu gering ist, empfiehlt die OECD schließlich auch eine Koordination auf internationaler Ebene. Der IWF, der ebenfalls das Erfordernis kollektiver internationaler Anstrengungen betont, stellt darüber hinaus fest, dass eine exportbasierte Strategie auf globaler Ebene nicht erfolgreich sein kann.

3. Internationaler Überblick

Ende März 2009 veröffentlichte die OECD (2009) mit der Zwischenausgabe ihres Economic Outlook einen Überblick über Volumen und zeitliche Verteilung der in den 30 OECD-Ländern mit Stichtag 24. März 2009 implementierten oder geplanten Konjunkturpakete. Das Volumen wird als über die Jahre 2008 bis 2010 kumulierter Nettoeffekt auf die Budgetsalden in Prozent des BIP des Jahres 2008 dargestellt, und zwar insgesamt sowie differenziert nach ausgaben- und einnahmenseitigen Maßnahmen und in der Abgrenzung der VGR.

- Konjunkturpakete wurden in beinahe allen OECD-Ländern geschnürt. Sie tragen – wenn auch meist in geringerem Umfang als die automatischen Stabilisatoren oder nicht krisenbedingte diskretionäre fiskalpolitische Maßnahmen – zum Anstieg der öffentlichen Verschuldung bei. Ihr Volumen ist im internationalen Vergleich sehr unterschiedlich. Im ungewichteten Durchschnitt entsprechen die Konjunkturpakete in den OECD-Ländern (d. h. jene Maßnahmenpakete, die Wachstumsimpulse setzen) kumuliert über den Dreijahreszeitraum 2008/2010 etwa 2,7% des BIP. Davon entfallen 1,6% des BIP auf Steuersenkungen und 1,1% des BIP auf Ausgabenerhöhungen. Das relativ größte Paket aller OECD-Länder (5,6% des BIP) wird in den USA umgesetzt, das kleinste Paket in der Schweiz mit 0,5% des BIP. In 5 Ländern (USA, Australien, Kanada, Korea und Neuseeland) überschreiten die Konjunkturpakete ein Volumen von 4% des BIP des Jahres 2008. 4 Länder (Italien, Irland, Island und Ungarn) verfolgen hingegen im Untersuchungszeitraum eine neutrale oder restriktive Fiskalpolitik.
- Eine Schätzung anhand der krisenbedingt niedrigen fiskalischen Multiplikatoren ergibt einen Wachstumsbeitrag der diskretionären Maßnahmen in den OECD-Ländern von etwa 0,5% des BIP. Das vergleichsweise große Konjunkturpaket der USA dürfte das BIP um mehr als 1% (1,3% des BIP 2009 und 1,5% des BIP 2010) erhöhen. Diese Schätzung der Multiplikatorwirkungen berücksichtigt allerdings keine grenzüberschreitenden Spillovers.
- Je stärker die automatischen Stabilisatoren wirken, desto kleiner sind in der Regel die nationalen Konjunkturpakete. Im Durchschnitt ist der Umfang der automatischen Stabilisatoren dreimal so groß wie jener der diskretionären Maßnahmen.

- In den meisten Maßnahmenpaketen der OECD-Länder ohne G-7 haben Steuersenkungen einen höheren budgetären Umfang als Ausgabenerhöhungen; innerhalb der Gruppe der G-7 ist der Unterschied zwischen Steuersenkungen und Ausgabenerhöhungen kleiner. Dabei liegt die Priorität auf Einkommensteuersenkungen; geringeres Gewicht hat die Senkung von Unternehmenssteuern. Zusätzliche oder vorgezogene öffentliche Investitionsprogramme werden in fast allen OECD-Ländern umgesetzt. Vielfach werden auch Transfers an private Haushalte erhöht – oft für Personen mit niedrigem Einkommen. Einige Länder haben zudem die Subventionen für Unternehmen angehoben.
- Zumeist liegt der Schwerpunkt der Konjunkturpakete auf dem Jahr 2009. Die meisten Länder planen ein Auslaufen der diskretionären Maßnahmen im Jahr 2010.

Übersicht 1: Volumen und zeitliche Verteilung der Konjunkturpakete der wichtigsten Handelspartner

	Nettoeffekt auf Budgetsaldo 2008-2010			Verteilung 2008-2010		
	Ausgaben in % des BIP für 2008	Steuern in % des BIP für 2008	Gesamt in % des BIP für 2008	2008 in % des gesamten Nettoeffekts	2009 in % des gesamten Nettoeffekts	2010 in % des gesamten Nettoeffekts
Deutschland	- 1,4	- 1,6	- 3,0	0	46	54
Italien	- 0,3	0,3	0,0	0	15	85
USA	- 2,4	- 3,2	- 5,6	21	37	42
Schweiz	- 0,3	- 0,2	- 0,5	0	68	32
Frankreich	- 0,4	- 0,2	- 0,6	0	75	25
Tschechische Republik	- 0,5	- 2,5	- 3,0	0	68	34
Großbritannien	0,0	- 1,5	- 1,4	15	93	8
Ungarn	4,4	0,0	4,4	0	58	42
Spanien	- 1,9	- 1,6	- 3,5	31	46	23
Polen	- 0,6	- 0,4	- 1,0	0	77	23
Österreich	- 0,3	- 0,8	- 1,1	0	84	16
OECD-11-Durchschnitt ungewichtet	- 0,3	- 1,1	- 1,4	6	61	33
Nur positiver Impuls (ungewichtet)	- 0,9	- 1,3	- 2,2	7	66	29
G7-Durchschnitt	- 1,6	- 2,0	- 3,6	17	43	40
OECD-Durchschnitt ungewichtet	- 0,7	- 1,2	- 2,0	10	53	37
gewichtet	- 1,5	- 1,9	- 3,4	17	45	39
Nur positiver Impuls ungewichtet	- 1,1	- 1,6	- 2,7	9	53	38
gewichtet	- 1,7	- 2,7	- 3,7	17	45	39

Q: OECD, WIFO.

Übersicht 1 gibt einen Überblick über Volumen und zeitliche Verteilung der Konjunkturpakete der zehn wichtigsten Handelspartner Österreichs (OECD, 2009, S. 111). Die meisten Länder kombinieren Steuersenkungen für Haushalte und Unternehmen mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Das Spektrum der insgesamt für 2008 bis 2010 geplanten Maßnahmen reicht von einer starken Fiskalexpansion von 5,6% des nominellen BIP des Jahres 2008 in den USA bis zu einem Sparpaket von -4,4% in Ungarn. Deutschland als wichtigster Handelspartner Österreichs hat ein Konjunkturpaket im Ausmaß von 3,0% des nominellen BIP beschlossen. In den meisten Ländern treten die Maßnahmen 2009 in Kraft, wobei der größte Teil der Impulse auch 2009 anfällt. Bereits 2010 planen große Länder wie Frankreich und Großbritannien budgetkonsolidierende Maßnahmen, die ab 2010 dämpfend wirken. Im ungewichteten Durchschnitt der 11 Länder betragen die Konjunkturpakete für die Jahre 2008 bis 2010 1,4% des BIP von 2008 bzw. 2,2% des 2008-BIP, wenn nur die Länder berücksichtigt werden, in denen eine expansive Fiskalpolitik einen positiven Impuls gibt. Die ausgaben erhöhenden Maßnahmen erreichen 0,3% bzw. 0,9% des BIP, die einnahmensenkenden Maßnahmen 1,1% bzw. 1,3% des BIP.

Das von der OECD analysierte österreichische Paket liegt mit einem Volumen von insgesamt 1,1% des BIP (Ausgaben erhöhungen 0,3%, Steuersenkungen 0,8%) sowohl unter dem OECD-Durchschnitt als auch unter dem Durchschnitt der 11 Länder in Übersicht 1. Dies dürfte vor allem durch die folgenden Faktoren zu erklären sein: Erstens sind in der Zusammenstellung der OECD außerbudgetäre Maßnahmen nicht enthalten, die jedoch in Österreich weit überdurchschnittliche Bedeutung haben, weil die Ausgliederungsintensität relativ hoch ist (ASFINAG, BIG, ÖBB). Zweitens sind, auch wenn die OECD grundsätzlich bemüht war, die Aktivitäten des Gesamtstaates zu erfassen, die Konjunkturpakete der Bundesländer nicht berücksichtigt. Drittens wird zur Steuerreform 2009 nur der Steuerausfall im Jahr 2009 berücksichtigt, d. h. jener Steuerausfall, der durch das krisenbedingte Vorziehen der Steuerreform auf 2009 entstanden ist; die OECD argumentiert, dass die Steuersenkung 2010 unabhängig von der Krise ohnehin durchgeführt worden wäre. Schließlich enthält die Zusammenstellung der OECD die Maßnahmen zur Senkung der Finanzierungskosten der Unternehmen nur teilweise.⁵⁾

Übersicht 2 schlüsselt die einnahmen- und ausgabenseitigen Maßnahmen der 11 OECD-Länder auf. Wiederum wird der budgetäre Effekt (zusätzliche Ausgaben bzw. entgangene Steuereinnahmen) kumuliert für die Jahre 2008 bis 2010 in % des BIP des Jahres 2008 angegeben. Dabei werden bei den steuerlichen Maßnahmen solche für Individuen und für Unternehmen

⁵⁾ Wie schwierig ein internationaler Vergleich ist und wie sehr die Schätzungen von der Abgrenzung der Maßnahmen anhängen, zeigt eine Gegenüberstellung der OECD-Ergebnisse mit jenen in Saha – von Weizsäcker (2009), die für Österreich allein im Jahr 2009 einen Effekt von 1,3% des BIP ermitteln. Auch die Schätzungen des IWF zu den fiskalischen Kosten diskretionärer Maßnahmen der G-20-Länder (IMF, 2009) weichen großteils beträchtlich von jenen der OECD ab. Den tatsächlichen Größenordnungen der österreichischen Stabilisierungsmaßnahmen am nächsten kommt eine im Juni 2009 veröffentlichte Übersicht der Europäischen Kommission (European Commission, 2009) am nächsten: Danach ist das Volumen der österreichischen Konjunkturmaßnahmen mit jeweils 1,8% in den Jahren 2009 und 2010 das jeweils zweitgrößte in der gesamten EU (2009 hat nur Spanien mit 2,3% des BIP ein größeres Konjunkturpaket, 2010 Deutschland mit 1,9% des BIP).

sowie solche im Bereich von Verbrauchsteuern und Sozialversicherungsbeiträgen unterschieden. Die ausgabenseitigen Maßnahmen zielen auf die Erhöhung des Endverbrauchs, der Investitionen, der Transfers an Haushalte, der Subventionen an Unternehmen sowie der Transfers an subnationale Gebietskörperschaften. 8 der hier betrachteten 11 OECD-Länder, darunter Österreich, senken die Steuern auf persönliche Einkommen und für Unternehmen. 3 Länder senken, 2 Länder erhöhen Verbrauchsteuern. Sozialversicherungsbeiträge werden lediglich in 2 Ländern reduziert.

In 8 Ländern wurden die öffentlichen Investitionen sowie die Transfers an private Haushalte ausgeweitet, auch in Österreich. 4 Länder erhöhten, 1 Land senkte den öffentlichen Konsum. Subventionen für Unternehmen erhöhten 4 Länder und Transfers an subnationale Gebietskörperschaften wurden in 2 Ländern (Österreich⁶ und USA) aufgestockt.

Übersicht 2: Struktur der Konjunkturpakete in ausgewählten OECD-Ländern, 2008 bis 2010
In % des BIP für 2008

	Nettoeffekt		Steuern				Ausgaben					
	Gesamt	Individuen	Unternehmen	Verbrauch	Sozialbeiträge	Gesamt	Endverbrauch	Investitionen	Transfers an Haushalte	Subventionen für Unternehmen	Transfers an subnationale Einheiten	
Deutschland	- 3,0	- 1,6	- 0,6	- 0,3	0,0	- 0,7	1,4	0,0	0,8	0,2	0,3	0,0
Italien	0,0	0,3	0,0	0,0	0,1	0,0	0,3	0,3	0,0	0,2	0,1	0,0
USA	- 5,6	- 3,2	- 2,4	- 0,8	0,0	0,0	2,4	0,7	0,3	0,5	0,0	0,9
Schweiz	- 0,5	- 0,2	- 0,2	0,0	0,0	0,0	0,3	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Frankreich	- 0,6	- 0,2	- 0,1	- 0,1	0,0	0,0	0,4	0,0	0,2	0,1	0,0	0,0
Tschechische Republik	- 3,0	- 2,5	0,0	- 0,4	- 0,1	- 2,0	0,5	- 0,1	0,2	0,0	0,4	0,0
Großbritannien	- 1,4	- 1,5	- 0,6	- 0,1	- 0,7	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0
Ungarn	4,4	0,0	- 0,1	- 1,5	1,6	0,0	- 4,4	-	0,0	-	-	0,0
Spanien	- 3,5	- 1,6	- 1,6	0,0	0,0	0,0	1,9	0,3	0,7	0,2	0,7	0,0
Polen	- 1,0	- 0,4	0,0	- 0,1	- 0,2	0,0	0,6	0,0	1,3	0,1	0,0	0,0
Österreich	- 1,1	- 0,8	- 0,8	- 0,1	0,0	0,0	0,3	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1

Q: OECD.

4. Maßnahmen in Österreich

4.1 Regierungsprogramm

Im Gleichklang mit den internationalen Bemühungen zur Stützung der Nachfrage greift Österreich ebenfalls zu einem fiskalpolitischen Mix aus Steuersenkungen und Ausgabenerhöhungen. Die Maßnahmen umfassen die Konjunkturpakete I und II sowie die von 2010 auf 2009 vorgezogene Steuerreform und können vereinfacht vier Kategorien zugeordnet werden (Gesamt volumen 2009/10 in Mio. €):

- Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen (1.435 Mio. €),
- Senkung der Finanzierungskosten der Unternehmen (2.080 Mio. €),
- Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (5.953 Mio. €),
- Erhöhung des öffentlichen Konsums und der Subventionen (370 Mio. €).

⁶) Z.B. Bundeszuschüsse an die Länder für das kostenfreie letzte Kindergartenjahr.

Übersicht 3: Steuerreform und Maßnahmen der Konjunkturpakete I und II

	2009	2010	
	Mio. €		
Bund (Regierungsprogramm)			
<i>Infrastrukturinvestitionen</i>			
ÖBB	175	175	Konjunkturpaket I
ASFINAG	50	50	Konjunkturpaket I
BIG	355	520	Konjunkturpaket II
Breitbanddienste	10	0	Konjunkturpaket I
Thermische Sanierung	100	0	Konjunkturpaket II
Summe	690	745	
<i>Senkung der Finanzierungskosten der Unternehmen</i>			
Degressive Abschreibung	0	250	Konjunkturpaket II
Gewinnfreibetrag	0	150	Steuerreform
Drittmittelkredite EIB (KMU und F&E)	200	200	Konjunkturpaket I
Zinsgünstige ERP-Kredite	200	200	Konjunkturpaket I
Erhöhung Haftungsrahmen aws	400	400	Konjunkturpaket I
Stille Beteiligungen (aws)	40	40	Konjunkturpaket I
Summe	840	1.240	
<i>Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte</i>			
Lohnsteuerentlastung	2.300	2.300	Steuerreform
Familienpaket	510	510	Steuerreform
Spendenabsetzbarkeit	100	100	Steuerreform
Bausparförderung	20	20	Konjunkturpaket I
Regionales Beschäftigungspaket UG 20	35	35	Konjunkturpaket II
Verschrottungsprämie	22,5	0,0	
Summe	2.987,5	2.965,0	
<i>Staatskonsum</i>			
Kostenloses Kindergartenjahr	70	70	Konjunkturpaket II
Forschung und Entwicklung	50	50	Konjunkturpaket II
Summe	120	120	
<i>Subventionen</i>			
Regionales Beschäftigungspaket UG 40	40	40	Konjunkturpaket II
Internationalisierungsoffensive	25	25	Konjunkturpaket I
Summe	65	65	
Summe aller Maßnahmen	4.702,5	5.135,0	
<i>Länder</i>			
Infrastrukturinvestitionen	876,8	876,8	
Transfers	196,3	130,9	
Subventionen	0,0	0,0	
Summe aller Maßnahmen	1.073,2	1.007,7	

Übersicht 3 gibt einen Überblick über das Volumen und die zeitliche Abgrenzung dieser Pakete. Zusammen machen die beiden Konjunkturpakete und die Steuerreform 3,5% des nominalen BIP 2008 aus (einschließlich der Maßnahmen der Bundesländer 4,2%, davon vorgezo-

gene Steuerreform allein 2,1%). Damit zählt Österreich zu jenen Ländern, die relativ zur Wirtschaftsleistung einen umfangreichen Konjunkturimpuls setzen. In den folgenden Modellsimulationen werden die Maßnahmen nach den obigen Kategorien zusammengefasst.

Die Investitionsoffensive des Bundes sieht eine Ausweitung der Infrastruktur- und Bauinvestitionen um 1,4 Mrd. € über den Zeitraum 2009/10 vor. Davon sollen 1.015 Mio. € budgetwirksam werden. Die ASFINAG und die ÖBB ziehen 450 Mio. € an Investitionen für die Verkehrswege vor. Anders als die Investitionen der ÖBB werden die Investitionen der ASFINAG aus den laufenden Einnahmen finanziert, sodass sie das Bundesbudget überhaupt nicht belasten, während ein (kleinerer) Teil der vorgezogenen ÖBB-Investitionen budgetwirksam wird. Weitere Bauinvestitionen in die thermische Sanierung von BIG-Gebäuden sowie Neubau und Sanierung von Schulen, Universitäten und Justizbauten sind geplant.

Das Regierungsprogramm setzt auch Anreize für eine Steigerung der privaten Bauinvestitionen. Durch Ausgaben von 50 Mio. € für Projekte zur thermischen Sanierung von Betriebsgebäuden sowie 50 Mio. € für private Haushalte sollen 2009/10 zusätzlich 300 Mio. € an Investitionen im privaten Wohnbau entstehen. 2009 sind für Investitionen im Bereich der Breitbandtechnologie 10 Mio. € vorgesehen.

Die Maßnahmen zur Senkung der Finanzierungskosten und zur Stärkung der Liquiditätsversorgung von Unternehmen in Österreich können in drei Gruppen zusammengefasst werden: Stärkung der Eigenkapitalbasis durch stille Beteiligungen, zinsgünstige Kredite sowie vorzeitige Abschreibung. Die konkreten Maßnahmen und ihre Berücksichtigung in den Simulationen werden im Kapitel 4.4 im Detail beschrieben.

Auch Maßnahmen zur Stützung der Kaufkraft der privaten Haushalte werden gesetzt. Die Steuerreform wird in das Jahr 2009 vorgezogen. Die Tarifsenkung entlastet im Vollausbau die privaten Haushalte um 2,3 Mrd. € pro Jahr. Hinzu kommen zusätzliche steuerliche Entlastungen für Familien, welche die Kaufkraft im insgesamt um 510 Mio. € steigern werden. Weitere einkommensentlastende bzw. konsumstärkende Maßnahmen (Spendenabsetzbarkeit, Bausparförderung, Teile des Beschäftigungspaketes und die Verschrottungsprämie) gehören ebenfalls zu dieser Kategorie.

Schließlich tätigt der Bund als Staatskonsum bzw. Subventionen verbuchte zusätzliche Ausgaben in Höhe von insgesamt 370 Mio. €. Darunter fallen die Mitfinanzierung des verpflichtenden und kostenlosen letzten Kindergartenjahres und eine Aufstockung der Forschungsausgaben um jeweils 70 Mio. € bzw. 50 Mio. € in den Jahren 2009 und 2010 ebenso wie pro Jahr insgesamt 65 Mio. € für das regionale Beschäftigungspaket und die Internationalisierungsoffensive.

4.2 Maßnahmen der Bundesländer

Die Bundesländer planen eine Reihe an konjunkturstabilisierenden Maßnahmen, welche in der vorliegenden Studie im WIFO-Makromodell nur in vereinfachter Weise entweder als Investitionen oder als kaufkraftstärkende Maßnahmen erfasst werden. Die Maßnahmen der Bun-

desländer sind dominiert von Investitionen bzw. Bauprogrammen; mit großem Abstand folgen Ausgaben für Wirtschaftsförderung und Transferzahlungen an die privaten Haushalte zur Kaufkraftstärkung.

Die Bundesländer tätigen zusätzliche Infrastrukturinvestitionen von jeweils knapp 880 Mio. € in den Jahren 2009 und 2010; darüber hinaus erhöhen sie die Transferzahlungen um knapp 200 Mio. € im Jahr 2009 und 130 Mio. € im Jahr 2010. Insgesamt umfassen die Bundesländerpakete 2009 1.073 Mio. € und 2010 1.008 Mio. € bzw. kumuliert 2.081 Mio. €.

4.3 Automatische Stabilisatoren

Die OECD (2009) konzentriert sich in ihrer Darstellung der Konjunkturbelebungsmaßnahmen der OECD-Länder auf die diskretionären Maßnahmen. Sie weist jedoch auf eine inverse Korrelation zwischen dem Umfang der Konjunkturpakete und der Stärke der automatischen Stabilisatoren hin. In der Regel seien die Effekte der automatischen Stabilisatoren dreimal so hoch wie jene der Konjunkturpakete. Die Wirkung der automatischen Stabilisatoren werde determiniert durch die Größe des öffentlichen Sektors, die Konjunkturreakibilität der Steuerbasis, die Struktur des gesetzlichen Sozialversicherungssystems und die Progressivität der Steuern. Sie ergibt sich dabei durch Anwendung eines von *Girouard – André* (2005) ermittelten Koeffizienten, der die automatische Veränderung des Budgetsaldos aufgrund einer Veränderung der Outputlücke um 1 Prozentpunkt wiedergibt. Für Österreich beträgt dieser Koeffizient 0,47, d. h. eine Veränderung der Outputlücke um 1 Prozentpunkt des BIP verändert den Budgetsaldo um 0,47% des BIP.

Zur Bestimmung der Elastizität öffentlicher Haushalte in Bezug auf Konjunkturschwankungen und damit der automatischen Stabilisatoren werden die Budgetsalden in zyklische und strukturelle Komponenten zerlegt. Für Österreich versuchen eine solche Dekomposition neben *Girouard – André* (2005) etwa *Denis et al.* (2006), *Url* (2001) und *Grossmann – Prammer* (2005). Diese ermitteln regelmäßig auf indirektem Weg zyklisch bereinigte Budgetsalden, indem sie konjunkturrelastische Budgetkategorien in einem ersten Schritt auf spezifische makroökonomische Größen beziehen und in einem zweiten Schritt den Zusammenhang zwischen der betreffenden makroökonomischen Basis und der Outputlücke betrachten. *Jäger* (1990) und *Url* (1997) dagegen verwenden strukturelle Zeitreihenmodelle, um einen direkten Zusammenhang zwischen zyklischen Budgetkomponenten und der Outputlücke zu schätzen.

Kaniovski et al. (2008) nehmen ebenfalls eine Zerlegung des österreichischen Budgetsaldos in eine zyklische und eine strukturelle Komponente vor. Auf diesen Berechnungen beruhen die folgenden Prognosen bis 2010. Demnach lag die zyklische Budgetkomponente 2008 noch bei +0,5% des BIP. Sie verschlechtert sich 2009 auf -0,4% und 2010 auf -1,3% des BIP. Diese Verschlechterung wird maßgeblich bestimmt durch einen deutlichen Rückgang der konjunkturrelastischen Einnahmen ab 2010 (-1,1% des Trend-Output). Auf der Ausgabenseite kommt eine Ausweitung der konjunkturbedingten Ausgaben für Arbeitslosenzahlungen hinzu (2009 +0,1%, 2010 +0,2% des BIP).

Konjunkturbedingte Mindereinnahmen fallen 2009 und 2010 insbesondere im Bereich der Lohnsteuern (–0,2% bzw. –0,4% des BIP) sowie der indirekten Steuern an (–0,3% bzw. –0,6% des BIP). Die anderen direkten Steuern (Gewinnsteuern) reagieren mit einer Verzögerung von ein bis zwei Jahren auf den Abschwung. Daher setzen die zyklusabhängigen Mindereinnahmen erst ab 2011 voll ein. Die Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen werden durch den Konjunkturunbruch nur geringfügig berührt; sie tragen somit nicht zu den automatischen Stabilisatoren bei.

Erste Berechnungen des WIFO zeigen, dass die Wirkung der automatischen Stabilisatoren einen Abschwung im Ausmaß von 0,2% bis zu 1% des realen BIP dämpft. Allerdings setzt dieser Effekt mit einer Verzögerung von bis zu zwei Jahren ein. Allein dieser Wirkungs-Lag legt nahe, zur Abfederung von Konjunkturkrisen nicht nur auf die Wirkung der automatischen Stabilisatoren zu setzen, sondern zusätzlich diskretionäre Stabilisierungsmaßnahmen zu ergreifen. Darüber hinaus bieten diskretionäre Maßnahmen die Möglichkeit, kurzfristige konjunkturelle Effekte mit langfristigen strukturellen Akzentsetzungen zu verbinden. Dagegen stützen die automatischen Stabilisatoren überwiegend die Kaufkraft der privaten Haushalte (zusätzliche Transferzahlungen, Steuer- und Abgabentlastung) und die Investitionsfähigkeit der Unternehmen (Steuerentlastung); sie leisten damit also nur teilweise und in unspezifischer Form einen Beitrag zur Hebung des langfristigen Wachstumspfades.

5. Simulationsergebnisse

Im Folgenden werden die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der genannten expansiven fiskalpolitischen Maßnahmen in Modellsimulationen untersucht. Dazu werden zwei makroökonomische Modelle herangezogen. Für die Schätzung der Effekte von Maßnahmen der wichtigsten Handelspartner Österreichs auf die heimische Wirtschaft wird das Oxford World Macroeconomic Model eingesetzt (OEF, 2005). Die Wirkungen der in Österreich von Bund und Ländern beschlossenen Maßnahmen werden mit dem makroökonomischen Modell des WIFO berechnet (WIFO-Macromod, Baumgartner – Breuss – Kaniowski, 2004).

Im WIFO-Macromod wird angenommen, dass die Wirtschaftsentwicklung in Österreich keine Auswirkungen auf andere Volkswirtschaften hat, die Wirtschaftsentwicklung im Ausland kann also als gegeben angenommen werden. Zu den für die österreichische Volkswirtschaft wichtigsten internationalen Einflussgrößen gehören die Wirtschaftsleistung der Handelspartner, der Leitzinssatz der Europäischen Zentralbank (Dreimonatszinssatz), die Weltmarktpreise für Industriegüter und Rohöl und der Euro-Dollar-Kurs. Indem die Dynamik dieser Variablen vom OEF-Modell übernommen und als exogene Variable in das WIFO-Macromod übertragen wird, werden diese beiden Modelle miteinander gekoppelt.

Übersicht 4: Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Konjunkturpakete 1 und 2 und der Steuerreform
Kumulierte Abweichung von der Basislösung in %

	Bund (Regierungsprogramm) ⁴⁾						Bund und Länder ⁴⁾	Konjunkturpakete der wichtigsten Handelspartner		Bund, Länder und internationale Effekte				
	Insgesamt	Infrastruktur- investitionen	Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte	Senkung der Finanzierungskosten der Unternehmen	2009	2010		2009	2010		2009	2010		
<i>Entwicklung der Nachfrage, real</i>														
Bruttoinlandsprodukt	+0,9	+1,0	+0,4	+0,3	+0,4	+0,6	+0,0	+0,1	+1,2	+1,4	+0,7	+0,8	+1,9	+2,1
Konsumausgaben	+0,8	+1,1	+0,1	+0,1	+0,7	+0,9	+0,0	+0,1	+0,9	+1,2	+0,1	+0,1	+1,0	+1,2
Private Haushalte (einschl. POE)	+1,0	+1,4	+0,1	+0,2	+0,8	+1,1	+0,0	+0,1	+1,0	+1,0	+1,5	+0,2	+0,1	+1,2
Staat	+0,5	+0,3	+0,1	+0,0	+0,3	+0,3	+0,0	+0,0	+0,5	+0,4	± 0,0	± 0,0	+0,4	-0,0
Bruttoanlageinvestitionen	+3,1	+3,1	+2,0	+1,8	+0,7	+1,0	+0,4	+0,3	+5,1	+0,7	+0,7	+0,7	+5,7	+5,7
Ausrüstungen ¹⁾	+2,4	+2,4	+0,8	+0,7	+1,0	+1,3	+0,5	+0,4	+3,1	+3,1	+1,1	+1,1	+4,1	+4,0
Bauten	+3,8	+3,7	+3,0	+2,6	+0,5	+0,8	+0,3	+0,3	+6,7	+6,6	+0,4	+0,5	+7,0	+7,0
Exporte	± 0,0	+0,1	± 0,0	+0,0	± 0,0	+0,0	± 0,0	+0,0	± 0,0	+0,1	+1,7	+1,8	+1,7	+1,9
Importe	+0,8	+1,0	+0,3	+0,3	+0,4	+0,6	+0,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,0	+0,9	+2,0	+2,1
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+0,8	+1,1	+0,3	+0,4	+0,4	+0,6	+0,0	+0,1	+1,1	+1,5	+0,8	+1,2	+1,9	+2,6
Verbraucherpreise	-0,1	+0,1	-0,0	+0,0	+0,0	+0,1	-0,0	+0,0	-0,1	+0,1	+0,2	+0,7	+0,1	+0,8
<i>Arbeitsmarkt und Einkommen</i>														
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	+0,3	+0,6	+0,1	+0,2	+0,2	+0,3	+0,0	+0,0	+0,4	+0,8	+0,3	+0,5	+0,7	+1,3
Unselbständig aktiv Beschäftigte, 1.000 Personen	+10,7	+19,7	+4,7	+7,2	+5,4	+10,9	+0,6	+1,5	+14,7	+26,6	+9,1	+16,4	+23,5	+41,5
Arbeitskräfteangebot	+0,1	+0,2	+0,0	+0,1	+0,1	+0,1	+0,0	+0,0	+0,2	+0,3	+0,1	+0,2	+0,2	+0,4
Arbeitslosenquote in % der unselbständigen Erwerbspersonen ³⁾	-0,2	-0,3	-0,1	-0,1	-0,1	-0,2	-0,0	-0,0	-0,3	-0,5	-0,2	-0,3	-0,4	-0,7
Reallohn je unselbständig Beschäftigten	+0,2	+0,3	+0,1	+0,1	+0,1	+0,2	+0,0	+0,0	+0,3	+0,4	+0,0	-0,0	+0,3	+0,4
Lohnstückkosten im privaten Sektor	-0,4	+0,0	-0,2	+0,1	-0,2	+0,0	-0,0	-0,0	-0,5	+0,1	-0,2	+0,4	-0,8	+0,5
Durchschnittliche Arbeitsproduktivität im privaten Sektor	+0,5	+0,4	+0,2	+0,1	+0,3	+0,2	+0,0	+0,0	+0,7	+0,5	+0,5	+0,3	+1,2	+0,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, real	+1,9	+2,1	+0,3	+0,2	+1,6	+1,6	+0,0	+0,2	+2,1	+2,2	+0,4	+0,1	+2,4	+2,3
<i>Staat</i>														
Staatseinnahmen	-1,5	-1,3	+0,2	+0,3	-1,8	-1,4	+0,0	-0,2	-1,2	-0,9	+0,5	+1,1	-0,7	+0,2
Staatsausgaben	+0,5	+0,6	+0,3	+0,4	+0,1	+0,2	-0,0	-0,0	+1,2	+1,3	+0,0	+0,1	+1,2	+1,4
Finanzierungssaldo in % des nominellen BIP	-0,9	-0,9	-0,1	-0,0	-0,9	-0,8	+0,0	-0,1	-1,2	-1,0	+0,3	+0,5	-0,9	-0,5
Differenz in der Sparquote	+0,8	+0,6	+0,1	+0,0	+0,7	+0,4	+0,0	+0,1	+0,9	+0,6	+0,2	-0,0	+1,0	+0,6

¹⁾ Einschließlich immaterielle Anlagen, sonstige Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzungen - ²⁾ Ohne Bezug von Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. - ³⁾ Lauf Arbeitsmarktservice.

⁴⁾ Einschließlich Subventionen und Konsumausgaben des Staates.

Aus dem Vergleich zweier Modelllösungen wird hier auf die Effekte von wirtschaftspolitischen Maßnahmen geschlossen. Dazu wird die Lage der österreichischen Volkswirtschaft nach Berücksichtigung der Maßnahmen der wichtigsten Handelspartner sowie jener von Bund und Ländern mit einem Szenario verglichen, in dem diese Maßnahmen nicht gesetzt werden (Basislösung). Die Ergebnisse werden als Abweichungen von der Basislösung dargestellt. Je nach Variable sind dies Prozentabweichungen (z. B. BIP), Abweichungen in Prozentpunkten (z. B. Arbeitslosenquote) oder Personen (z. B. Beschäftigte). Die Abweichungen von der Basislösung sind ein Maß der durch die Maßnahmen erzielten gesamtwirtschaftlichen Impulse. Ohne diese Maßnahmen wäre der Einbruch der Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung in Österreich 2009 und 2010 noch höher als zuletzt prognostiziert (Scheiblecker, 2009). Die Simulationsergebnisse sind in Übersicht 4 zusammengefasst.

Sowohl das WIFO-Macromod als auch das OEF-Modell bilden in einer aggregierten Weise wirtschaftliche Zusammenhänge ab, wie sie im Durchschnitt der letzten 30 Jahre gegolten haben. Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat das Verhalten der Wirtschaftssubjekte allerdings maßgeblich beeinflusst. Eine Reihe von Faktoren erschwert eine Einschätzung der Wirkung fiskalpolitischer Maßnahmen in einem aggregierten makroökonomischen Modell wie dem WIFO-Macromod. Diese Verhaltensänderungen zeichnen sich erst allmählich in der Statistik ab. Darauf sollte bei der Interpretation der vorliegenden Modellergebnisse Bedacht genommen werden.

5.1 Investitionsoffensive

Die Investitionsoffensive des Bundes bewirkt eine Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen um kumuliert 1,8% gegenüber der Basislösung (Übersicht 4). Am kräftigsten steigen erwartungsgemäß die Bauinvestitionen. Der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen entsteht durch den Akzeleratoreffekt in der Nachfrage nach Anlagegütern.

Die Investitionssteigerung wirkt unmittelbar auf das reale BIP. Die Zunahme der Inlandsnachfrage zieht zusätzliche Importe im Ausmaß von 0,3% des BIP nach sich. Im Vergleich mit der Basislösung expandiert das BIP bis 2010 um kumuliert 0,3%. Der positive Nachfrageschock löst eine Ausweitung der Beschäftigung um 7.200 Personen aus. Die Arbeitslosenquote sinkt um 0,1 Prozentpunkt. Die Produktivität und der reale Pro-Kopf-Lohn erhöhen sich nur mäßig, sodass die Steigerung der Lohnsumme überwiegend auf die Zunahme der Beschäftigung zurückzuführen ist. Die Inflationsbeschleunigung bleibt vernachlässigbar gering.

Die Berechnungen unterstellen eine rasche Umsetzung der geplanten Investitionen. Werden die Investitionspläne verzögert realisiert, dann setzt der makroökonomische Impuls später ein.

5.2 Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte

Im Koalitionsabkommen der Bundesregierung war die Tarifreform der Lohn- und Einkommensteuer für 2010 vorgesehen. Die gegenwärtige Rezession hat die Regierung dazu veranlasst, diese Steuersenkung auf 2009 vorzuziehen. Die Modellberechnungen berücksichtigen sowohl

den Gesamteffekt der Tarifreform als auch jenen der übrigen steuerlichen Maßnahmen. Der reine Vorzieheffekt beträgt ungefähr 0,2% des BIP. Dies ergibt sich aus der Differenz der BIP-Effekte 2009 und 2010.

Die einkommensentlastenden Maßnahmen der Bundesregierung führen laut Simulation mit dem WIFO-Macromod zu einem Anstieg der verfügbaren realen Einkommen der privaten Haushalte um 1,6%. Da nur ein Teil der zusätzlichen Einkommen für Konsumausgaben verwendet wird, steigt der private Konsum real um kumuliert 1,1%. Wegen der in der Konsumfunktion implizierten niedrigen kurzfristigen Konsumneigung von 0,34 erhöht sich die Sparquote 2009 um 0,7 Prozentpunkte. Ein Teil des Zuwachses des privaten Konsums wird durch Importe gedeckt. Einschließlich aller zusätzlichen Akzelerator- und Importeffekte steigt das reale BIP 2009 hierdurch um 0,4% und 2010 um weitere 0,2%.

Der positive Nachfrageschock löst unmittelbar einen Anstieg der Beschäftigung aus. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten erhöht sich gegenüber der Basislösung um kumuliert 10.900. Die Arbeitslosenquote sinkt um 0,2 Prozentpunkte. Die Pro-Kopf-Löhne steigen im privaten Sektor weiterhin mäßig, sodass die Steigerung der Lohnsumme überwiegend auf die Zunahme der Beschäftigung zurückzuführen ist.

5.3 Multiplikatoren im Vergleich

Die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen sind besonders groß, weil die Maßnahmen direkt wirken und beschäftigungsintensiv sind (insbesondere im Hochbau). Zudem ist die Importquote der Bauinvestitionen niedrig. Ähnlich wie in den meisten internationalen und nationalen makroökonomischen Modellen ist der BIP-Multiplikator von Staatsausgaben im WIFO-Macromod deutlich höher als jener einer Senkung von direkten Steuern (Übersicht 5).

Übersicht 5: Multiplikatoren für Österreich im Vergleich

	Jahr 1	Jahr 2 ¹⁾
OECD		
Staatsausgaben	0,70	1,10
Lohn- und Einkommensteuer	0,20	0,60
OeNB		
Staatsausgaben	0,78	1,40
Lohn- und Einkommensteuer	0,45	0,64
WIFO		
Staatsausgaben	1,19	1,31
Lohn- und Einkommensteuer	0,40	0,56
IHS		
Staatsausgaben	0,96	0,98
Lohn- und Einkommensteuer	0,29	0,41

¹⁾ Kumuliert.

Eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer oder eine Transfererhöhung im gleichen Ausmaß bewirkt innerhalb von zwei Jahren hingegen nur eine Wertschöpfungszunahme um kumuliert 0,56 Mrd. €. Eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer hat generell einen geringeren Wachstumseffekt als eine Ausweitung der Staatsausgaben, weil nicht direkt die Nachfrage, sondern nur die verfügbaren persönlichen Einkommen angehoben werden. Das BIP steigt nur, wenn das Zusatzeinkommen rasch wieder für inländische Konsumgüter ausgegeben wird.

Die Wirksamkeit der Steuersenkungen zur Stärkung der verfügbaren Einkommen und damit der Kaufkraft hängt maßgeblich von der Konsumneigung der privaten Haushalte ab. Die marginale Konsumneigung gibt an, wie stark sich der Konsum aufgrund einer kleinen Einkommensänderung verändert. Die Konsumneigung hängt wiederum sehr vom gesamtwirtschaftlichen Umfeld ab. Schwache Einkommensentwicklung und erhöhte Unsicherheit können sich in Vorsichtssparen und in weiterer Folge einem Anstieg der Sparquote niederschlagen (vgl. z. B. *Bartzsch, 2006*). Die Unsicherheit über den Wirkungsgrad fiskalpolitischer Maßnahmen, wie er sich in den BIP- und Beschäftigungsmultiplikatoren widerspiegelt, ist aktuell höher als vor der Wirtschaftskrise bzw. als bei "normalem" Konjunkturverlauf.

Zudem unterscheidet sich die Konsumneigung der privaten Haushalte stark nach Einkommensschichten. Haushalte mit niedrigerem Einkommen haben im Durchschnitt eine höhere Konsumneigung bzw. eine geringere Sparneigung als Besserverdienende. Eine Steuersenkung wirkt deshalb umso stärker auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, je stärker sie den unteren Einkommensschichten zugutekommt.

Eine aktuelle Studie der OeNB impliziert etwas höhere kumulierte Multiplikatoren als die vorliegende Arbeit (*Köhler-Töglhofer – Reiss, 2009*). Für die Staatsausgaben geht die OECD (2009, S. 138) von etwas niedrigeren Multiplikatoren für Österreich aus als das WIFO-Modell. Die Fiskal-Multiplikatoren im IHS-Modell LIMA (*Hofer – Kunst, 2004, Berger et al., 2009*) sind etwas niedriger als die übrigen in Übersicht 5 aufgeführten Multiplikatoren.

5.4 Senkung der Finanzierungskosten und Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen¹⁾

Die Refinanzierungsbedingungen und die Kreditvergabepolitik der österreichischen Geschäftsbanken wurden durch die Finanzmarktkrise beeinträchtigt. Der Interbankenmarkt, d. h. die Kreditgewährung der Geschäftsbanken untereinander, ist durch einen Mangel an Vertrauen gestört. Darüber hinaus hat die Finanzmarktkrise zu einer generellen Neubewertung der Risiken bei der Vergabe von Krediten an nichtfinanzielle Unternehmen geführt. Zudem sinken in Folge der Rezession die Gewinne, und das Kreditausfallsrisiko steigt. Der Zugang der Unternehmen zu Krediten für die Investitionsfinanzierung ist deshalb derzeit erschwert, es werden

¹⁾ Die Implementierung der Maßnahmen zur Senkung der Finanzierungskosten erforderte eine Erweiterung der am WIFO und IHS entwickelten Modelle. Die in diesem Kapitel beschriebenen Modellerweiterungen wurden in Zusammenarbeit und in Abstimmung mit dem IHS im WIFO-Macromod durchgeführt (*Berger et al., 2009*).

höhere Sicherstellungen gefordert bzw. die Zinssätze sind höher, als es ohne die Wirtschaftskrise der Fall wäre.

Wie die regelmäßige Umfrage der Europäischen Zentralbank und der nationalen Zentralbanken im Euro-Raum (Bank Lending Survey) zeigt, hielt diese Tendenz der restriktiven Kreditvergabepraxis im I. Quartal 2009 an. Im Firmenkundengeschäft verschärfen die österreichischen Banken ihre Kreditrichtlinien weiter. Zudem wurden die Zinsspannen für risikoreichere Kredite und – in etwas geringerem Ausmaß – für Kreditnehmer durchschnittlicher Bonität angehoben. Ebenso wurden weitere Bedingungen für Unternehmenskredite, wie die Besicherung, die Höhe und die Fristigkeit der vergebenen Kredite, die Zusatz- oder Nebenvereinbarungen sowie die Kreditnebenkosten für die Kreditnehmer ungünstiger gestaltet. Eine durchgreifende Besserung dieser Situation ist erst mit einem merklichen Nachlassen der Spannungen auf den Finanzmärkten und einer Belebung der Realwirtschaft zu erwarten.

Damit haben sich die Bedingungen für die Finanzierung der Sachkapitalbildung im Zuge der Finanzmarktkrise und der Rezession erheblich verschlechtert; und zwar aufgrund der Finanzmarktkrise stärker als in einer ausschließlichen Konjunkturkrise. Die Maßnahmenpakete der Bundesregierung enthalten daher auch Maßnahmen, die auf eine Verbesserung der Finanzierungsbedingungen und damit eine Stützung der Investitionstätigkeit abzielen.

- Mittelstandsfonds bei der Austria Wirtschaftsservice (AWS): Für Wachstumsprojekte österreichischer Unternehmen wurde bei der Austria Wirtschaftsservice (AWS) ein Mittelstandsfonds bei der Austria Wirtschaftsservice (AWS) eingerichtet, der für die Jahre 2009 und 2010 mit jeweils 40 Mio. € dotiert ist. Aus diesem Fonds wird Eigenkapital in Form von stillen Beteiligungen für österreichische Unternehmen bereitgestellt.
- KMU-Initiative der Europäischen Investitionsbank (EIB): Die EIB stellt bis 2011 für Europa insgesamt 30 Mrd. € an Finanzierungsmitteln zur Verfügung. Der Europäische Investitionsfonds (EIF) vergibt europaweit 1 Mrd. € als Mezzaninkapital. Österreich beabsichtigt, aus diesen Mitteln bis zu 200 Mio. € pro Jahr für österreichische KMU zu mobilisieren.
- Zinsbegünstigte Kredite im Rahmen des ERP-Fonds: Das reguläre Jahresbudget des ERP-Fonds für zinsbegünstigte Investitionskredite an österreichische Unternehmen beträgt 400 Mio. €. Das Volumen wurde um 200 Mio. € pro Jahr aufgestockt.
- Erhöhung des Haftungsrahmens der aws: Mit dem Konjunkturpaket I wurde der Haftungsrahmen im Garantiegesetz und im KMU-Fördergesetz ausgeweitet. So übernimmt die AWS ab sofort um rund 400 Mio. € pro Jahr mehr an Haftungen.
- Vorzeitige Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter, befristet auf die Dauer von zwei Jahren (2009 und 2010): Das geschätzte Volumen (Budgeteffekt) beträgt 250 Mio. € im Jahr 2010. Da die Ermittlung und Versteuerung von Unternehmensgewinnen im Nachhinein erfolgt, werden die Steuereinnahmen im Jahr 2009 noch nicht gemindert.

5.4.1 Stärkung der Eigenkapitalbasis durch stille Beteiligungen

Für Wachstumsprojekte österreichischer Unternehmen wurde ein Mittelstandsfonds bei der AWS eingerichtet, aus dem Eigenkapital in Form von stillen Beteiligungen für österreichische Unternehmen bereitgestellt wird. Das zusätzliche Volumen dieser Maßnahme beträgt 40 Mio. € jährlich.

Eine ausreichende Eigenkapitalbasis verbessert die Möglichkeit zur Selbstfinanzierung von Investitionen. Darüber hinaus vergeben Geschäftsbanken keine Kredite an Unternehmen, wenn diese nicht über eine befriedigende Eigenkapitalausstattung verfügen, oder sie berechnen einen deutlich höheren Zinssatz. Eine ausreichende Eigenkapitalbasis verbessert daher den Zugang zu Fremdkapital bzw. schafft häufig erst die Voraussetzung für die Aufnahme von Bankkrediten. Mit einer Stärkung der Eigenkapitalbasis in Form von stillen Beteiligungen werden daher die Kosten der Fremdfinanzierung von Sachkapitalinvestitionen gesenkt.

Gemäß der OeNB-Statistik erreichte das Eigenkapital der nichtfinanziellen Unternehmen in Österreich im Jahresdurchschnitt 2007²⁾ 64,157 Mrd. €, die Eigenkapitalquote betrug 38,47%. Mit den zusätzlich bereitgestellten 40 Mio. € erhöht sich die Eigenkapitalquote auf 38,494%. In den Modellen des IHS und des WIFO wirkt sich eine Steigerung der Eigenkapitalquote positiv auf die Bau- und die Ausrüstungsinvestitionen aus. Das mag gering erscheinen, jedoch ist anzunehmen, dass sich vor allem jene Unternehmen um diese Mittel bewerben, welche knapp unter der für einen Kredit erforderlichen Eigenkapitalgrenze liegen. Somit können schon geringe Kapitalaufstockungen helfen, die Mindestanforderung zur umfangreichen Kreditaufnahme zu ermöglichen.

5.4.2 Senkung der Finanzierungskosten durch zinsgünstige Kredite

Wie die Umfragen der OeNB im Rahmen des Bank Lending Survey des Euro-Raums zeigen, fällt es den Unternehmen aufgrund von Liquiditätsbeschränkungen der Geschäftsbanken sowie angesichts einer generellen Risikoneubewertung zum Teil schwer, Fremdkapital zur Finanzierung von Anlageinvestitionen aufzunehmen. Daher übernimmt die AWS verstärkt Haftungen für Unternehmenskredite, und aus Mitteln der EIB sowie des ERP-Fonds werden zinsgünstige Kredite zur Verfügung gestellt.³⁾

Für die folgenden Simulationen wurde unterstellt, dass alle diese Maßnahmen die Finanzierungskosten senken, sodass die Unternehmen für Bankkredite zur Finanzierung von Sachkapitalinvestitionen einen niedrigeren Zinssatz zahlen müssen, als es ohne diese Maßnahmen der Fall wäre. Dies lässt sich damit begründen, dass die Geschäftsbanken zurzeit entweder nur gegen hohe Sicherheiten oder nur zu außerordentlich hohen Zinssätzen Kredite vergeben.

Der Staat sowie nationale und supranationale Institutionen wie die EIB können aufgrund ihrer guten Bonität auf dem Kapitalmarkt zu günstigen Konditionen Fremdkapital aufnehmen. Diese relativ niedrigen Zinssätze werden an die unterstützten privaten Unternehmen weiter-

²⁾ Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Studie lagen Angaben für das Jahr 2008 nur bis zum III. Quartal vor.

³⁾ Derzeit laufen noch Arbeiten, um die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der EIB-Mittel zu schaffen.

gegeben. Aus Mitteln der EIB werden für Klein- und Mittelbetriebe sowie für Forschung und Entwicklung Kredite mit folgenden Zinssätzen vergeben: Bei einer Laufzeit von 7 Jahren beträgt der Zinssatz 1,772%, bei einer Laufzeit von 10 Jahren 1,507%. Daraus errechnet sich als Grundlage für die Simulationen ein durchschnittlicher Zinssatz von 1,64%.

Für zinsgünstige Kredite aus dem ERP-Fonds wurden die Zinssätze explizit festgelegt. Der Zinssatz für Mikrokredite von 10.000 € bis 30.000 €, die im Rahmen des Konjunkturpakets vergeben werden, ist sowohl im tilgungsfreien ersten Jahr als auch in der anschließenden Tilgungsphase mit 2,0% um 0,5 Prozentpunkte niedriger als bisher. Die Fixzinssätze für Industriekredite sind in den zwei tilgungsfreien Jahren um 1 Prozentpunkt niedriger (0,75%) und in der Tilgungszeit um 0,5 Prozentpunkte niedriger (1,75%). Da sich die vorliegenden Modellsimulationen auf den Zeitraum 2009 und 2010 beschränken, ist für die Untersuchung der Zinssatz in den zwei tilgungsfreien Jahren relevant, somit wird hier für die Industriekredite der Zinssatz von 0,75% berücksichtigt. Bezüglich der Aufteilung der gesamten verfügbaren Mittel von 200 Mio. € pro Jahr erscheint die Annahme plausibel, dass drei Viertel, also 150 Mio. €, auf Industriekredite und ein Viertel bzw. 50 Mio. € auf Mikrokredite entfallen. Damit errechnet sich für die ERP-Kredite ein gewichteter durchschnittlicher Zinssatz von 1,06%.

Mit dem Konjunkturpaket I wurde zudem der Haftungsrahmen im Garantiesgesetz und im KMU-Fördergesetz ausgeweitet. So übernimmt die AWS ab sofort um rund 400 Mio. € pro Jahr mehr an Haftungen. Damit sollen hauptsächlich KMU einfach zu Krediten kommen, vor allem dann, wenn die banküblichen Sicherheiten nicht ausreichen. Auch für größere Unternehmen bieten die Haftungen der AWS eine Absicherung für Finanzierungen. Für die Modellsimulationen wurde angenommen, dass die Haftungen in ähnlicher Weise wirken wie die zinsbegünstigten Kredite. Es wurde unterstellt, dass die Unternehmen aufgrund der Haftungen Bankkredite zu einem niedrigeren als dem marktüblichen Zinssatz erhalten. Hinsichtlich der Konditionen wird zwischen Haftungen nach dem Garantiesgesetz und nach dem KMU-Fördergesetz unterschieden. Derzeit beträgt der Zinssatz für Haftungen nach dem Garantiesgesetz 4,83%, jener nach dem KMU-Fördergesetz 3,72%. Für die Modellberechnungen wurde ein gewichteter Durchschnitt dieser beiden Zinssätze gebildet. Mit Stand Ende April 2009 gab es nach dem Garantiesgesetz zwar wesentlich weniger Fälle, das Volumen war aber weitaus höher. Als Gewicht wurde das Volumen der Zuschüsse bzw. Darlehen herangezogen. Auf dieser Basis errechnet sich ein durchschnittlicher Zinssatz von 4,33%.

Für die Modellsimulationen musste neben den maßgeblichen Zinssätzen festgelegt werden, in welchem Ausmaß die Finanzierungskosten durch die zinsgünstigen Kredite und die Haftungen sinken. Zu diesem Zweck sind zunächst Annahmen über den Zinssatz notwendig, den die Unternehmen ohne die Maßnahmen zahlen müssten. Die OeNB veröffentlicht Statistiken zu den Zinssätzen für neu vergebene Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen bis 1 Mio. € und über 1 Mio. €. Im Jahr 2008 betrug der durchschnittliche Kreditzinssatz dieser beiden Größenklassen 5,09%. Diese Zahl wurde als Vergleichsbasis für die Senkung der Finanzierungskosten herangezogen.

Im Laufe des Jahres 2009 sank das Zinsniveau infolge der Leitzinssatzsenkungen der Europäischen Zentralbank und einer Lockerung der Anspannung auf dem Interbanken-Geldmarkt. So betrug der durchschnittliche Zinssatz für Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen laut der Zinsstatistik der OeNB im Februar 2009 noch 2,85%. Gleichzeitig berichten jedoch immer mehr Unternehmen über eine Verschärfung der Kreditkonditionen. Die Margen sämtlicher Außenfinanzierungsformen sind demnach stark gestiegen, ebenso die Erfordernisse für Sicherheiten. Zum Teil können Unternehmen eine fristenkonforme Finanzierung langfristiger Projekte nicht mehr bzw. nur zu überaus hohen Margen aufbringen. Auch ist für manche Unternehmen die Refinanzierung nicht hinreichend gewährleistet, und fällig werdende Zahlungsverpflichtungen müssen teilweise aus dem Cash-Flow finanziert werden. Die Begebung von Unternehmensanleihen und die Aufnahme von Eigenkapital werden immer schwieriger. Darüber hinaus werden Kreditlinien gekürzt, und die Unternehmen haben Probleme, Konsortialkredite für Großprojekte zu erhalten (OeNB, 2009).

Die günstigen Kreditkonditionen werden nicht auf alle neu vergebenen Kredite angewendet. Vielmehr gelten sie lediglich für jenes Kreditvolumen, das der Summe der genannten Maßnahmen (KMU-Initiative der Europäischen Investitionsbank, zinsbegünstigte Kredite im Rahmen des ERP-Fonds, Erhöhung des aws-Haftungsrahmens) entspricht. Daher muss in einem nächsten Schritt das Volumen der Haftungen und zinsgünstigen Kredite zum gesamten neu vergebenen Kreditvolumen ins Verhältnis gesetzt werden. Die Statistik der OeNB weist im Zusammenhang mit der Zinsstatistik das Volumen neu vereinbarter Kredite aus. Darunter fallen alle Finanzverträge, Bedingungen und Modalitäten, die erstmals den Zinssatz eines Kredites festlegen, sowie alle neu verhandelten Vereinbarungen in Bezug auf bestehende Kredite. Eine originäre Statistik über das Volumen neu vergebener Kredite an Unternehmen wird von der OeNB nicht ausgewiesen. Daher wurden die neu vereinbarten Kredite hier näherungsweise als Indikator für das Volumen neu vergebener Kredite der Kreditinstitute in Österreich herangezogen. Im Februar 2009 stiegen die neu vereinbarten Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen in Österreich im Vorjahresvergleich um knapp 8,5 Mrd. €. Dem stehen durch Haftungen gestützte Kredite (400 Mio. €), Kredite aus EIB-Mitteln (200 Mio. €) und Kredite aus dem ERP-Fonds (200 Mio. €) in Höhe von insgesamt 800 Mio. € gegenüber. Für die Simulationen wurde nun unterstellt, dass mit den Maßnahmen im Jahresdurchschnitt 2009 und 2010 jeweils um 8,5 Mrd. € neue Kredite vergeben werden. Ohne die Haftungen und zinsgünstigen Kredite wäre das Kreditvolumen hingegen um 800 Mio. € niedriger, es würde lediglich 7,7 Mrd. € betragen.

Für die Modellsimulationen wurde das Kreditvolumen, das annahmegemäß nicht mit Haftungen sowie Mitteln aus dem ERP-Fonds und der KMU-Initiative der EIB gestützt wird (7,7 Mrd. €), mit dem durchschnittlichen Zinssatz für Unternehmenskredite von 5,09 % gewichtet. Die mit Haftungen abgesicherten Kredite mit einem Volumen von 400 Mio. € gingen mit einem Zinssatz von 4,33% in die Berechnungen ein. Für die zinsgünstigen EIB-Kredite im Ausmaß von 200 Mio. € wurde ein Zinssatz von 1,64% zugrunde gelegt. Die ERP-Kredite in der Höhe von 200 Mio. € gingen mit dem durchschnittlichen Zinssatz von 1,06% in die Berechnungen ein.

Die Berechnungen ergeben, dass die Finanzierungskosten für die Sachkapitalbildung durch die Haftungen und zinsgünstigen Kredite in den Jahren 2009 und 2010 jeweils um 0,21 Prozentpunkte gesenkt werden. In den Modellsimulationen wurde der für die Ausrüstungs- und die Bauinvestitionen maßgebliche Zinssatz daher um 0,21 Prozentpunkte herabgesetzt.

5.4.3 Vorzeitige Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter

Mit der Einführung einer auf zwei Jahre befristeten vorzeitigen Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter sollen Anreize gesetzt werden, Investitionen auszuweiten oder vorzuziehen. Die vorzeitige Abschreibung gilt nur für bewegliche Wirtschaftsgüter; diese Maßnahme betrifft daher direkt ausschließlich die Ausrüstungsinvestitionen, nicht jedoch die Bauinvestitionen.

Für die im Zeitraum 1. Jänner 2009 bis 31. Dezember 2010 getätigten Investitionen in körperliche Anlagegüter kann im Jahr der Anschaffung oder Herstellung eine vorzeitige Abschreibung von 30% der Anschaffungs- oder Herstellungskosten einschließlich der normalen linearen Abschreibung geltend gemacht werden. Neben der vorzeitigen Abschreibung im Investitionsjahr darf also nicht zusätzlich eine Normalabschreibung abgesetzt werden darf. Die vorzeitige Abschreibung bewirkt eine schnellere Abschreibung der Investition. Eine Abschreibung von mehr als 100% der Anschaffungs- und Herstellungskosten wird nicht ermöglicht. Daher bringt die vorzeitige Abschreibung keine Steuerersparnis, sondern nur eine Steuerstundung.

Eine Ausweitung der Abschreibungen mindert den zu versteuernden Gewinn und damit die Steuerlast. Indem Investitionen vorübergehend stärker abgeschrieben werden können, steigt unter Berücksichtigung der Abdiskontierung künftiger Gewinne der Barwert der steuerlichen Abschreibung der betreffenden Investition. Aufgrund der Abdiskontierung ist der Gegenwartswert heutiger Abschreibungen höher als nominell gleich hohe Abschreibungen, die in der Zukunft anfallen. Als Zinssatz für die Abdiskontierung wurde die Sekundärmarktrendite österreichischer Bundesanleihen verwendet. In die Modellsimulationen geht der höhere Barwert der steuerlichen Abschreibung als Reduzierung der Finanzierungskosten der Ausrüstungsinvestitionen ein. Die Kapitalnutzungskosten setzen sich aus dem Realzinssatz, dem Abschreibungssatz, der Veränderungsrate der Investitionsgüterpreise, dem Gewinn- bzw. Körperschaftsteuersatz sowie Investitionsprämien zusammen. Eine Verbesserung der Abschreibungsbedingungen verringert demnach die Kapitalnutzungskosten. Die Berechnungen ergaben, dass die Kapitalnutzungskosten aufgrund des Barwertvorteils der steuerlichen Abschreibung um knapp 2 Prozentpunkte sinken. Freilich profitieren davon nur jene Unternehmen, die einen zu versteuernden Gewinn aufweisen.

5.4.4 Wirkungen auf die Anlageinvestitionen

Die Ergebnisse der Simulationen der Maßnahmen zur Senkung der Finanzierungskosten und zur Stärkung der Eigenkapitalbasis⁴ sind Übersicht 4 zu entnehmen. Der Gesamteffekt auf die

⁴ Derzeit laufen noch Arbeiten, um die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der EIB-Mittel zu schaffen.

Anlageinvestitionen beträgt kumuliert 0,3% gegenüber der Basislösung. Die Ausrüstungsinvestitionen reagieren stärker als die Bauinvestitionen, weil ein Teil der Maßnahmen auf bewegliche Anlagegüter beschränkt ist.

5.5 Konjunkturimpulse aus dem Ausland

Aufgrund der starken wirtschaftlichen Verflechtung profitiert Österreich besonders von den konjunkturbelebenden Maßnahmen seiner Handelspartner. Um die Effekte von Konjunkturpaketen der wichtigsten Handelspartner auf die österreichische Volkswirtschaft zu quantifizieren, wird im OEF-Modell der Anstieg der für Österreich relevanten Auslandsnachfrage errechnet. Dabei werden die steuerlichen Maßnahmen so detailliert berücksichtigt, wie sie die OECD (2009) ausweist. Alle zusätzlichen Staatsausgaben werden hingegen dem öffentlichen Konsum zugerechnet. Diese Vereinfachung ist zulässig, weil im OEF-Modell die BIP- und Beschäftigungsmultiplikatoren der öffentlichen Investitionen und der Konsumausgaben annähernd gleich sind. Beide zeichnen sich durch einen relativ zu den anderen Nachfragekomponenten niedrigen Importgehalt aus.

Übersicht 6 zeigt die Auswirkungen der Konjunkturpakete auf das reale BIP der wichtigsten Handelspartner Österreichs und von Japan⁵⁾). Gewichtet mit den Exportanteilen der einzelnen Länder an Österreichs Gesamtexporten ergibt sich für die Jahre 2009 und 2010 eine Steigerung der für Österreich relevanten Nachfrage in den Exportmärkten um jeweils 0,8%. Dieser Anstieg hebt die Nachfrage nach österreichischen Exporten in den beiden Jahren an.

Die Übertragungseffekte auf Österreich wurden mit dem WIFO-Macromod ermittelt. Sie sind in Übersicht 4 als "Konjunkturpakete der wichtigsten Handelspartner" zusammengefasst. Die Zunahme der Nachfrage im Ausland bewirkt einen kumulierten Anstieg der österreichischen Exporte im Jahr 2010 um 1,8% gegenüber der Basislösung. Der Exportanstieg löst einen Einkommenseffekt aus, der hauptsächlich 2009 die privaten Konsumausgaben und Investitionen steigen lässt. Zugleich erhöhen sich die Importe, sodass das reale BIP um 0,8% höher ist als in der Basislösung. Diese Übertragungseffekte stimmen gut mit den Simulationen der OECD (2009, S. 133) für den Euro-Raum überein: In der Folge eines Fiskalimpulses von 1% des realen BIP in allen Industrieländern rechnet die OECD mit einem Anstieg des realen BIP im Euro-Raum um 0,76%. Davon entfallen 0,24 Prozentpunkte auf die Übertragungseffekte aus dem Ausland.

⁵⁾ Das Fiskalpaket Japans wurde einbezogen, um den Effekt auf den Euro-Yen-Kurs genauer abzubilden.

Übersicht 6: Auswirkungen der Konjunkturpakete der wichtigsten Handelspartner

	Exportanteil	Bruttoinlandsprodukt, real			
	in %	Kumulierte Abweichung von der Basislösung in %			
	2007	2008	2009	2010	
Deutschland	30,0	+0,1	+0,9	+1,0	
Italien	8,9	± 0,0	± 0,0	- 0,3	
USA	5,0	+0,6	+2,3	+3,6	
Schweiz	3,9	+0,1	+0,5	+0,1	
Frankreich	3,6	± 0,0	+0,2	- 0,2	
Tschechische Republik	3,6	± 0,0	+0,8	+0,6	
Großbritannien	3,5	+0,1	+0,4	- 0,4	
Ungarn	3,5	± 0,0	- 0,5	- 1,0	
Spanien	2,9	+0,8	+1,2	+0,5	
Polen	2,6	± 0,0	+0,7	+0,3	
Japan	1,0	± 0,0	+0,8	+0,1	
Übrige Welt	31,4	+0,2	+1,0	+1,2	
Exportmarkt insgesamt ¹⁾		+0,2	+0,8	+0,8	

¹⁾ BIP-Wachstumsraten gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

Q: OECD, WIFO.

Der positive Nachfrageschock löst einen Anstieg der Beschäftigung aus. Die BIP-Zunahme erhöht die Nachfrage nach Arbeitskräften gegenüber der Basislösung um 0,5%. Das entspricht der Schaffung von 16.400 Arbeitsplätzen. In der Folge verringert sich die Arbeitslosenquote um 0,3 Prozentpunkte, weil das Angebot an Arbeitskräften nur geringfügig steigt.

Die Sachgütererzeugung profitiert von der simulierten Ausweitung der Exportnachfrage unter allen Wirtschaftszweigen am meisten, darunter auch die von der Wirtschaftskrise besonders stark getroffene Automobilindustrie. Die Konjunkturpakete einiger europäischer Länder beinhalten Maßnahmen spezifisch zur Abmilderung der Folgen der Wirtschaftskrise in der Automobilindustrie. Diese Maßnahmen dienen zur finanziellen Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe und Nachfrageschwäche und sind zeitlich begrenzt. Sie umfassen einerseits Staatsbürgschaften für Kredite und staatliche Beihilfen für finanziell in Not geratene Automobilhersteller und Zulieferer und andererseits Abwrackprämien für Fahrzeuge ab einem bestimmten Mindestalter.⁶⁾

⁶⁾ Folgende Länder führen Abwrackprämien ein: Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Portugal, Rumänien, Spanien und Zypern. Großbritannien und Schweden beschränken sich auf Bürgschaften für Kredite und Beihilfen.

Die Abwrackprämien regen die Pkw-Nachfrage kurzfristig an. Vor allem Fahrzeuge der Klein- und Mittelklasse verzeichnen hohe Umsätze. Wie in den meisten europäischen Ländern ist die österreichische Zulieferindustrie sehr exportorientiert; 98% des Produktionswerts werden exportiert, gut zwei Drittel davon nach Deutschland. Laut Statistik des deutschen Kraftfahrt-Bundesamts (KBA) stieg in Deutschland die Anzahl der Pkw-Neuzulassungen im Mai 2009 gegenüber dem Vorjahr um 39,7%.⁷⁾ Der Anstieg der Neuzulassungen von Pkw deutscher Hersteller blieb mit 29,0% unter jenem der italienischen (+98,1%), französischen (+88,6%), spanischen (+92,4), tschechischen (+71,5%) und südkoreanischen (+118,6%) Marken. Die kurzfristig stark gestiegene Nachfrage nach Fahrzeugen der kleinen Pkw-Klassen führte - mit Ausnahme vom VW-Konzern - zum Verlust der Marktanteile deutscher Hersteller auf dem Binnenmarkt. Dennoch bleibt dieser Anteil mit 57,2% deutlich höher als jener der ausländischen Hersteller. Die Neuzulassungsstatistik des KBA macht auch deutlich, dass die Nachfragewirkung der Abwrackprämie nicht auf das Ursprungsland beschränkt ist, sondern länderübergreifend wirkt – sowohl was die Zulieferindustrie anbelangt als auch die Automobilhersteller selbst. Dieser Umstand begründet ein international koordiniertes Vorgehen, welches vielfach von der Europäischen Kommission in Hinblick auf das Wettbewerbsrecht in der EU gefordert wurde.

Allerdings zeigt die Statistik des deutschen Verbands der Automobilindustrie (VDA), dass die Fahrzeugproduktion in Deutschland im Vorjahresvergleich um 9% sank. Die Differenz zwischen Produktions- und Absatzzahlen deutet darauf hin, dass die aufgrund der Abwrackprämie erhöhte Pkw-Nachfrage bislang überwiegend durch Lagerabbau befriedigt wurde. Dies lässt auf asymmetrische Wirkungen der Abwrackprämie innerhalb der Kfz-Branche schließen. Während die Hersteller mit hohen Lagerbeständen an endgefertigten Waren und der Pkw-Handel kurzfristig ihre Absatzmengen erhöhen konnten, profitierte die Zulieferindustrie nur geringfügig. Insgesamt leistet die Abwrackprämie einen Beitrag zur Stärkung des Konsumentenvertrauens und zur kurzfristigen Stützung sowie zur Glättung des privaten Konsums.

Aufgrund der expansiven Fiskalpolitik in den wichtigsten Industrieländern und der daraus folgenden Inflationserwartungen errechnet das OEF-Modell einen Anstieg der kurz- und langfristigen Zinssätze im Euro-Raum um 100 Basispunkte bis Ende 2010. Dieser dämpft wiederum die private Investitionsnachfrage und verteuert die Finanzierung der Staatsschuld.

Trotz der gegenwärtig niedrigen gesamtwirtschaftlichen Auslastung in den meisten Industrieländern hat ein expansiver Fiskalschock gegen Ende der Simulationsperiode eine Inflationsbeschleunigung zur Folge. Demnach steigt der Deflator für Industriewaren 2010 um kumuliert 2,2%; der Rohölpreis erhöht sich um 11,1%. Dadurch verteuern sich die österreichischen Importe, was einen ähnlich hohen Anstieg der Verbraucherpreise im Inland verursacht. Das Verhältnis von Exportpreisen zu Importpreisen (Terms-of-Trade) verschlechtert sich gegen Ende der Simulationsperiode um 0,5%. Der Euro-Dollar-Kurs bleibt annähernd unverändert.

⁷⁾ Statistik des deutschen Verbands der Automobilindustrie (VDA): <http://www.vda.de/de/zahlen/monatzahlen/>.

6. Zusammenfassung der gesamtwirtschaftlichen Wachstums- und Beschäftigungseffekte

Eine Analyse der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der fiskalpolitischen Maßnahmen im Inland und Ausland mit Hilfe des WIFO-Macromod ergibt, dass dadurch das reale BIP in Österreich in den nächsten zwei Jahren um kumuliert 2,1% gesteigert wird. Knapp die Hälfte dieses Anstiegs entsteht durch die Konjunkturpakete des Bundes und die Steuerreform 2009, 0,4 Prozentpunkte durch die Maßnahmen der Bundesländer. 0,8 Prozentpunkte sind auf die Konjunkturpakete der wichtigsten Handelspartner Österreichs zurückzuführen. Dieser Impuls sichert im Jahr 2009 23.500 und im Jahr 2010 kumuliert 41.500 Personen die Beschäftigung; er erhöht somit die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten und dämpft den Anstieg der Arbeitslosenquote im Jahr 2010 um 0,7 Prozentpunkte. Die Inflation beschleunigt sich mäßig. Gemäß den Modellsimulationen wird sich zudem 2010 der Budgetsaldo um 0,5% des BIP verschlechtern.

Differenziert nach einzelnen Maßnahmengruppen, haben den umfangreichsten BIP-Effekt mit 0,6% und Beschäftigungseffekt mit kumuliert 10.900 Personen im Jahr 2010 die Maßnahmen zur Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (d. h. im Wesentlichen die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer).

Die Infrastrukturinvestitionen auf Bundesebene erhöhen das BIP um 0,3% und die Beschäftigung im Jahr 2010 kumuliert um 7.200 Personen; die Maßnahmen zur Verringerung der Finanzierungskosten der Unternehmen erhöhen das BIP um 0,1% und die Beschäftigung um kumuliert 1.500 Personen 2010.

Diese Ex-ante-Simulationsergebnisse beruhen auf der Annahme der vollen Umsetzung der beschlossenen fiskalpolitischen Maßnahmen im jeweils für die Jahre 2009 und 2010 geplanten Umfang.

Darüber hinaus haben einige Maßnahmen der Konjunkturpakete direkte Beschäftigungseffekte, die mit den verwendeten Modellen nicht abgebildet werden können. So erfordert die Einführung des verpflichtenden letzten Kindergartenjahres bei unverändertem Betreuungsschlüssel und unveränderter Arbeitszeit des Personals die Einstellung von rund 700 zusätzlichen Beschäftigten. Gemeinsam mit der von den meisten Bundesländern beabsichtigten bzw. bereits eingeführten kostenlosen Betreuung anderer Altersgruppen könnten insgesamt 1.700 Arbeitsplätze entstehen. Dieser Wert würde z. B. aus einer dadurch induzierten Steigerung der Betreuungsquote von Drei- bis Fünfjährigen von 84,9% im Jahr 2007⁸⁾ auf 90% resultieren⁹⁾.

Ein weiteres Instrument zur Beschäftigungssicherung ist die Ausweitung der Kurzarbeit, für die im ersten, seit Anfang Februar 2009 geltenden Arbeitsmarktpaket in den Jahren 2009 und

⁸⁾ Statistik Austria, Kindertagesheimstatistik 2007/0877.

⁹⁾ Zu den Auswirkungen einer Senkung der Betreuungskosten auf die Betreuungsnachfrage, aber insbesondere auch auf das Arbeitskräfteangebot von Frauen siehe Lutz – Mahringer – Pöschl (2005).

2010 jeweils 220 Mio. € reserviert wurden. Die maximale Dauer der Kurzarbeit wurde von 12 Monaten auf 18 Monate verlängert; zugleich wurde die Möglichkeit einer Koppelung an überbetrieblich verwertbaren Qualifizierungsmaßnahmen eingeführt. Mitte Juni wurde ein zweites Arbeitsmarktpaket im Umfang von knapp 150 Mio. € beschlossen, das neben weiteren Maßnahmen (Neuregelung der Altersteilzeit, Entfall des Dienstgeberanteils zur Sozialversicherung für Einpersonenunternehmen bei erstmaliger Aufnahme eines Beschäftigten, Inflationsanpassung der Bemessungsgrundlage des Arbeitslosengeldes und Gründung einer Stiftung für arbeitslos gewordene junge Leiharbeiter) auch eine weitere Verlängerung der Möglichkeit der Kurzarbeit auf 24 Monate und eine volle Übernahme der Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung ab dem 7. Monat der Kurzarbeit beinhaltet.

Seit der Neuregelung der Kurzarbeit hat die Zahl der Kurzarbeiter in Österreich beträchtlich zugenommen: Sie hat sich zwischen Januar 2009 und Mitte Juni 2009 fast vervierfacht, von 15.000 Personen auf 57.806 Personen; diese sind in 336 Betrieben beschäftigt.

Zielsetzung der Kurzarbeit ist es, die Unternehmen dabei zu unterstützen, in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten ihr Stammpersonal zu halten und Kündigungen aufgrund von vorübergehender Unterauslastung zu vermeiden. Den Unternehmen hilft die Kurzarbeit, betriebspezifisches Humankapital zu erhalten und dadurch die Kosten für den Ab- und Aufbau von Personal zu verringern. Sie soll zur Verbesserung der Qualifikation genützt werden. Für die Arbeitnehmer erhält die Kurzarbeit einen Teil des Arbeitseinkommens und die damit verbundene sozialrechtliche Absicherung.

Mögliche Gefahren bestehen in Missbrauch bzw. Mitnahmeeffekten und in der Verzögerung von Strukturanpassungen am Arbeitsmarkt sowie der Fehlallokation von Arbeitskräften (durch "Horten" von Arbeitnehmern durch die Unternehmen).

In Österreich gibt es bislang kaum Erfahrungen mit dem Instrument der Kurzarbeit. Auch für Länder, in denen Kurzarbeit ein häufiger genutztes arbeitsmarktpolitisches Instrument ist (z.B. Frankreich oder Deutschland), liegen nur wenige Evaluierungsergebnisse vor. Diese zeigen erstens, dass sich die Kurzarbeit auf die Industrie und größere Betriebe konzentriert. Zweitens ist die empirische Evidenz zur Wirkung gemischt: Nicht selten wird Kurzarbeit nur als Abfederungsmaßnahme im Zuge von Personalabbau genutzt und bewirkt daher nur eine kurzfristige Stabilisierung der Beschäftigung.

Ein wesentlicher Aspekt ist die Verknüpfung der Kurzarbeit mit Qualifizierungsmaßnahmen ("Kurzarbeit Plus"), die die Voraussetzung dafür ist, dass das Instrument nicht nur kurzfristig die Beschäftigung stabilisiert, sondern auch langfristig positive beschäftigungs- und wachstumspolitische Wirkungen zeitigt. Bislang wird allerdings die Möglichkeit der Kurzarbeit mit Qualifizierung nur in geringem Maße in Anspruch genommen. Zwar übersteigen die Ersatzleistungen bei Kurzarbeit mit Qualifizierung jene ohne Qualifizierung um mindestens 15%, sodass es einen finanziellen Anreiz für Arbeitnehmer zur Nutzung der Zeit für Weiterbildung gibt. Allerdings ist die Voraussetzung für die Förderung die Vereinbarung eines Ausbildungskonzeptes zwischen den Sozialpartnern, welches bestimmte Mindestanforderungen erfüllt. Dies könnte die Umsetzung der mit Qualifizierungsmaßnahmen verbundenen Kurzarbeit

verzögern bzw. eine Umsetzung in größerem Stil verhindern. Zudem müssen die Unternehmen 40% der Schulungskosten selbst tragen, was Mitnahmeeffekte reduzieren hilft, allerdings aber auch die Unternehmen von einer stärkeren Nutzung der "Kurzarbeit Plus" abhalten könnte.

Insgesamt ist die Kurzarbeit ein wichtiges Instrument zur kurzfristigen Sicherung von Beschäftigung und betriebsspezifischem Humankapital, das allerdings nur zeitlich befristet eingesetzt werden sollte, damit die Arbeitsmarktflexibilität und der Strukturwandel nicht behindert werden. Die Vergabekriterien der Kurzarbeitsbeihilfe sollten nur für jene Unternehmen attraktiv sein, die tatsächlich mit einer Weiterbeschäftigung ihrer kurzarbeitenden Belegschaft rechnen: Substanzielle finanzielle Beteiligung der Unternehmen oder ähnliche Selektionskriterien sind daher aus ökonomischer Sicht wichtig.

Positive langfristige Wachstums- und Beschäftigungswirkungen können durch eine Kombination mit Qualifizierungsmaßnahmen erzielt werden. Nach dem Auslaufen der Maßnahme sollte auf jeden Fall eine möglichst rasche, fundierte Evaluierung vorgenommen werden.

Da direkte Beschäftigungseffekte einzelner Maßnahmen und Maßnahmen der aktiven Beschäftigungspolitik im WIFO-Macromod nicht erfasst sind, bilden die vorliegenden Berechnungen eine Untergrenze der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungseffekte der Konjunkturprogramme. Eine präzisere Erfassung der Arbeitsmarktwirkungen dieser Maßnahmen bedarf einer detaillierteren Untersuchung.

Anhang: Die zwei Modelle

1. Oxford World Macroeconomic Model (OEF)

Der Kern des OEF-Modells besteht aus 44 Länder-Modellen, welche durch Handelsströme, Preise, Wechselkurse und Zinssätze miteinander verbunden sind. Zusätzlich bildet das OEF-Modell 14 Schwellen- und Transformationsländer ab. Die anderen Länder der Welt werden in acht regionalen Länderblöcken zusammengefasst. Gemeinsam mit diesen Länderblöcken bilden die 44 Länder-Modelle ein makroökonomisches Weltmodell.

Das OEF-Modell ist ein traditionelles makroökonomisches Modell nach Mundell – Fleming mit Standardgleichungen für die aggregierte Nachfrage und das aggregierte Angebot. Fast alle Gleichungen basieren auf geschätzten Koeffizienten. Die funktionale Form der Gleichungen ist für alle Länder gleich, die geschätzten Parameter variieren aber von Land zu Land. Ein typisches OEF-Ländermodell besteht aus vier Blöcken: Nachfrage- und Angebotsseite, Lohn- und Preissystem, wirtschaftspolitische Akteure und Handelsbeziehungen zwischen den Ländern.

Die Nachfrageseite beschreibt den Gütermarkt mit Gleichungen für Konsum, Investitionen, Importe und Exporte sowie den Geldmarkt mit Gleichungen für Geldmarktnachfrage, langfristige Zinssätze und Wechselkurse. Die Angebotsseite erklärt die Kapitalakkumulation mit Gleichungen für Kapitalstock, Investitionen und Realzinssätze. Der Arbeitsmarkt wird durch die Gleichungen für Arbeitskräfteangebot, Erwerbsbeteiligung, natürliche Arbeitslosenquote, natürliches Beschäftigungsniveau, Potential Output, Outputlücke, Beschäftigte und Löhne abgebildet. Das Preissystem bildet die Dynamik der Import- und Verbraucherpreise ab. In den meisten Ländern (insbesondere im Euro-Raum) ist die Geldpolitik durch eine Taylor-Regel vorgegeben. Die Fiskalpolitik setzt sich aus automatischen Stabilisatoren (Steuern und Transfers) und diskretionären Staatsausgaben zusammen. Im Euro-Raum wird die Fiskalpolitik unter Berücksichtigung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes koordiniert. Die einzelnen Ländermodelle sind durch Handelsströme, Wechselkurs- und Zinsparitäten sowie Weltmarktpreise verflochten.

Für die Berechnungen wurde die Version des OEF-Modells vom März 2009 verwendet. Die Maßnahmen der wichtigsten Handelspartner wurden über eine Periode von drei Jahren beginnend mit dem I. Quartal 2008 simuliert. Die Ergebnisse werden als kumulierte Abweichungen der simulierten Lösung von der Basislösung dargestellt. Die Basislösung entspricht der OEF-Prognose vom März 2009.

2. Makroökonomisches Modell des WIFO (WIFO-Macromod)

Das WIFO-Macromod bildet auf jährlicher Basis die Zusammenhänge der österreichischen Wirtschaft ab. Es dient zur Erstellung der mittelfristigen Prognose des WIFO und für gesamtwirtschaftliche Simulationen. In den letzten fünf Jahren wurde das Makromodell in einer Reihe

von Simulationsstudien eingesetzt, die sich mit aktuellen Themen der österreichischen Wirtschaftspolitik befassen (Breuss – Kaniovski – Lehner, 2004, Breuss – Kaniovski – Schratzenstaller, 2004, Breuss – Kaniovski – Url, 2007).

Um die Wirkungen fiskalpolitischer Maßnahmen zu untersuchen, werden im Modell die wichtigsten Beziehungen zwischen Inlandsmarkt und Außenwirtschaft, öffentlichem Sektor, Arbeitsmarkt und Preis-Lohn-System abgebildet. Der Güter- und Arbeitsmarkt ist mit dem Sektor Staat über Staatseinnahmen und Staatsausgaben verknüpft. Die Modellstruktur wird von der aktuellen VGR (ESVG 1995) vorgegeben. Die wichtigsten Verhaltensgleichungen werden mit einem Fehlerkorrekturansatz geschätzt. Dieser Ansatz unterstellt die Existenz eines langfristig stabilen Zusammenhangs zwischen zwei oder mehreren Variablen, z. B. dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und deren Konsumausgaben, lässt aber kurzfristige konjunkturbedingte Abweichungen (Ungleichgewichte) davon zu. Im Folgenden werden die wichtigsten Blöcke des Modells kurz dargestellt. Eine detaillierte Beschreibung des WIFO-Macromod bieten Baumgartner – Breuss – Kaniovski (2004).

2.1 Gütermarkt

Der Nachfrageblock bildet die Verwendungsseite der VGR laut ESVG 1995 ab und beschreibt den Gütermarkt. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist die Summe aller Nachfragekomponenten. Die Preisbereinigung der Daten erfolgt mit dem Kettenindex-Verfahren (Scheiblecker, 2004). Im Nachfrageblock werden Konsum- und Investitionsentscheidungen im privaten Sektor sowie Außenhandelsströme durch Verhaltensgleichungen erklärt.

Der reale private Konsum wird mit einem Fehlerkorrekturansatz bestimmt. Fiskalpolitische Instrumente wie Steuern oder Transfers haben unmittelbaren Einfluss auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und somit auf den privaten Konsum. Der öffentliche Konsum ergibt sich aus dem öffentlichen Beitrag zum BIP (Bruttowertschöpfung des Staates), zuzüglich Vorleistungen und soziale Sachtransfers, abzüglich Markt- und Nichtmarktproduktion und Erlöse jener Produzenten, die dem Sektor Staat zugeordnet werden. Der öffentliche Beitrag zum BIP ist die Summe aus den geleisteten Arbeitnehmerentgelten und dem Nettobetriebsüberschuss des öffentlichen Sektors, zuzüglich Produktionsabgaben und Abschreibungen des Staates.

Die privaten Bruttoanlageinvestitionen werden in Anlehnung an das neoklassische Investitionsmodell mittels Fehlerkorrekturansatz erklärt. Die Investitionstheorie geht von einem optimal handelnden Kapitalnutzer aus, wobei die Kapitalnutzungskosten dem Grenzprodukt des Kapitals entsprechen. Das Konzept der Kapitalnutzungskosten ermöglicht eine Untersuchung der Wirkung einzelner steuerpolitischer Instrumente auf das unternehmerische Investitionsverhalten (Kaniovski, 2002). Dabei wird nach der Art der Investitionsgüter zwischen Ausrüstungen und Bauten differenziert. Die öffentlichen Investitionen fallen in den Bereich der diskretionären Fiskalpolitik und werden im Modell deshalb als exogen angenommen.

Die Außenhandelsströme werden mit einer Import- und Exportfunktion abgebildet. Die Importnachfrage wird vom relativen Preis der in- und ausländischen Güter und der gesamten

inländischen Nachfrage erklärt. Dabei wird der Importgehalt der unterschiedlichen Nachfrageaggregate berücksichtigt. Die Exporte hängen neben dem relativen Preis von der Entwicklung der Weltnachfrage ab.

Neben dem tatsächlichen Output (BIP) wird im Modell mit einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den Inputs Arbeit und Sachkapital auch der Potential Output der österreichischen Volkswirtschaft errechnet. Der Kapitalbestand in der Kapitalbestandsrechnung von Statistik Austria wird anhand einer Variante der Kumulationsmethode (Perpetual Inventory) mit einem geometrischen Abschreibungsverfahren berechnet (Böhm et al., 2001, *Statistik Austria*, 2002). In der Produktionsfunktion wird der technische Fortschritt vereinfachend als exogen betrachtet. Diese Annahme ist angesichts des kurzen Zeithorizonts der Simulationen unproblematisch. Die Outputlücke wird definiert als die Differenz zwischen dem tatsächlichen BIP und dem Potential Output.

2.2 *Arbeitsmarkt*

Die Nachfrage des privaten Sektors nach Arbeitskräften wird im Modell mit einem Fehlerkorrekturansatz geschätzt. Kurzfristig wird sie durch die Entwicklung der Güternachfrage und der Reallöhne bestimmt. Langfristig passen sich die Reallöhne der Arbeitsproduktivität an. Die Arbeitslosigkeit wird durch mehrere nachfrage- und angebotsseitige Faktoren erklärt, darunter die Nachfrage nach Arbeitskräften, die Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die Neuzugänge in der vorzeitigen Alterspension und die Ausländerbeschäftigung in Österreich. Das Arbeitskräfteangebot errechnet sich definitionsgemäß als Summe der Beschäftigten und Arbeitslosen. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor wird exogen angenommen.

2.3 *Preise, Löhne und andere Einkommen*

Bestimmend für die Veränderung des heimischen Preisniveaus sind die Lohnstückkosten, die Importpreise, die aktuelle Outputlücke als Maß für die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung sowie Produktions- und Importabgaben und Subventionen. Die Lohnstückkosten spiegeln dabei den Cost-Push-Effekt des Faktors Arbeit im unternehmerischen Preissetzungsverhalten wider. Die wichtigste bestimmende Größe der Importpreise ist der Weltmarktpreis insgesamt; der Weltmarktpreis von Energieträgern hat auf ihn einen wichtigen Einfluss. Der Lohnbildungsprozess wird durch eine erweiterte Phillips-Kurve abgebildet. Die Entwicklung der Reallöhne im privaten Sektor hängt ab von der Arbeitsproduktivität und der Arbeitslosenquote.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte setzt sich aus den Primär- und Sekundäreinkommen zusammen. Zu den Primäreinkommen zählen die Arbeitnehmerentgelte und Selbständigeneinkommen, aber auch Einkommen aus Besitz an Privatvermögen. Die Sekundäreinkommen entsprechen dem Saldo aus gezahlten Einkommen- und Vermögensteuern, geleisteten Sozialbeiträgen und sonstigen Abgaben und den vom Staat erhaltenen Sozialleistungen und laufenden Transfers. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird somit direkt vom Steuer- und Sozialsystem beeinflusst.

2.4 Sektor Staat

In der aktuellen Modellversion wird der öffentliche Sektor durch Verhaltensgleichungen für folgende Bereiche des volkswirtschaftlichen Staatskontos abgedeckt: Produktions- und Importabgaben, Einkommen- und Vermögensteuern, Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Arbeitslosenunterstützung und Lohn- und Gehaltssumme im öffentlichen Sektor.

Die Staatseinnahmen sind überwiegend endogen erklärt. Sie werden entweder anhand der Elastizität des Aufkommens in Bezug auf eine gesamtwirtschaftliche Größe (wie z. B. die Bruttolohn- und -gehaltssumme bei Erklärung des Lohnsteueraufkommens) bestimmt, oder es wird die Dynamik der Steuerbasis explizit dargestellt, um die Effekte einer Veränderung der Steuerbasis von jener der Tarifsätze zu trennen. Für die Schätzung der Elastizitäten werden in den meisten Fällen Fehlerkorrekturmodelle verwendet.

Die endogen erklärten Ausgaben des Staates umfassen die Pro-Kopf-Lohneinkommen der Beschäftigten im öffentlichen Sektor und die Arbeitslosenunterstützung. Die Lohnentwicklung im öffentlichen Sektor wird langfristig von jener im privaten Sektor bestimmt. Die übrigen Staatsausgaben (wie z. B. monetäre Sozialleistungen und sonstige laufende Transfers) werden exogen vorgegeben.

Literaturhinweise

- Aiginger, K., "Finanzkrise: Anlass, Ursachen, Strategien, inklusive Blick nach vorne", WIFO-Vorträge, 2009, (104).
- Bartzsch, N., "Precautionary saving and income uncertainty in Germany – new evidence from microdata", Deutsche Bundesbank, Discussion Paper, 2006, (44).
- Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniovski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", in Oesterreichische Nationalbank, "Macroeconomic Models and Forecasts for Austria", Workshop Proceedings of OeNB Workshops, 2004, 5(12-13), S. 61-86.
- Berger, J., Hanappi, T., Hofer, H., Müllbacher, S., Schuh, U., Schwarzbauer, W., Strohner, L., Weyerstraß, K., Konjunkturbelebende Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung und der Bundesländer: Abschätzung der volkswirtschaftlichen Effekte, Studie des Institutes für Höhere Studien, Wien, 2009.
- Böhm, B., Gleiß, A., Wagner, M., Ziegler, D., "Disaggregated Capital Stock Estimation for Austria. Methods, Concepts and Results", Applied Economics, 2001, 34, S. 23-37.
- Breuss, F., Kaniovski, S., Lehner, G., "Makroökonomische Evaluierung der Fiskalpolitik 2000 bis 2002", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(7), S. 557-571.
- Breuss, F., Kaniovski, S., Schratzenstaller, M., "Steuerreform 2004/05 – Maßnahmen und makroökonomische Effekte", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(8), S. 627-643.
- Breuss, F., Kaniovski, S., Url, Th., "WIFO-Weißbuch: Modellsimulationen wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(3), S. 263-274.
- Denis, C., Grenouilleau, D., Mc Morrow, K., Röger, W., "Calculating potential growth rates and output gaps – A revised production function approach", European Commission, Economic Papers, 2006, (247).
- Chirinko, R. S., "Business Fixed Investment Spending: Modelling Strategies, Empirical Results, and Policy Implications", Journal of Economic Literature, 1993, 31, S. 1875-1911.
- Chirinko, R. S., Fazzari, S. M., Meyer, A. P., "How Responsive is Business Capital Formation to its User Cost? An Exploration with Micro Data", Journal of Public Economics, 1999, (74), S. 53-80.
- European Commission, Public Finances in EMU 2009, Brüssel, 2009.
- Girouard, N., André, C., "Measuring Cyclically-adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economic Department, Working Papers, 2005, (434).
- Grossmann, B., Prammer, D., "Ein disaggregierter Ansatz zur Analyse öffentlicher Finanzen in Österreich", Geldpolitik und Wirtschaft, 2005, (4), S. 67-83.
- Hall, R. E., Jorgenson, D. W., "Tax Policy and Investment Behavior", American Economic Review, 1967, 57, S. 391-414.
- Hofer, H., Kunst, R., "The Macroeconometric Model LIMA", in OeNB, "Macroeconomic Models and Forecasts for Austria", Workshop Proceedings of OeNB Workshops, 2004, 5(12-13), S. 87-116.
- IMF, The State of Public Finances: Outlook and Medium-Term Policies After the 2008 Crisis, Washington, D.C., 2009.
- Jäger, A., "The Measurement and Interpretation of Structural Budget Balances", Empirica, 1990, 17, S. 155-170.
- Kaniovski, S., "Kapitalnutzungskosten in Österreich", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(5), S. 339-346.
- Kaniovski, S., Pitlik, H., Steindl, S., Url, Th., "A Decomposition of Austria's General Government Budget into Structural and Cyclical Components", WIFO Working Papers, 2008, (316).
- Köhler-Töglhofer, W., Reiss, L., "Die Effektivität fiskalischer Wachstums- und Konjunkturbelebungsmaßnahmen in Krisenzeiten", Geldpolitik und Wirtschaft, 2009, (1), S. 83-106.
- Lutz, H., Mahringer, H., Pöschl, A., Evaluierung der österreichischen Arbeitsmarktförderung 2000-2003, WIFO, Wien, 2005.
- OECD, Fiscal Packages Across OECD Countries: Overview and Country Details, Paris, 2009.
- OeNB, "Kreditvergabe des österreichischen Bankensystems an den Unternehmenssektor", Bericht der Österreichischen Nationalbank, 6. April 2009.
- OEF, The Oxford World Macroeconomic Model: An Overview, Oxford Economic Forecasting, Oxford, 2005.

- Reinhart, C. M., Rogoff, K. S., "The Aftermath of Financial Crisis", *American Economic Review*, 2008, 99(2), S. 466-472.
- Saha, D., von Weizsäcker, J., "Estimating the Size of the European Stimulus Packages for 2009 – An Update", *Bruegel Policy Contribution*, Brüssel, 2009, (2).
- Scheiblecker, M., "Umstellung der Preisbereinigung in der österreichischen VGR", *WIFO-Monatsberichte*, 2004, 77(10), S. 741-750.
- Scheiblecker, M., "Maßnahmen zur Konjunkturstabilisierung zeigen erste Wirkung. Prognose für 2009 und 2010", Wien, 2009.
- Spilimbergo, A., Symansky, S., Blanchard, O., Cottarelli, C., "Fiscal Policy for the Crisis", *IMF Staff Position Note*, 2008.
- Statistik Austria, "Kapitalstockschätzung in der VGR", *Statistische Nachrichten*, 2002, (2), S. 124-127.
- Url, Th., "How Serious is the Pact on Stability and Growth?", *WIFO Working Papers*, 1997, (92).
- Url, Th., "The Cyclical Adjustment of the Austrian Budget Balance by the European Central Bank", *Austrian Economic Quarterly*, 2001, 1(1), S. 36-45.